

# Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werththätigen Bevölkerung.

Telephon Nr. 419.]

Mit der illustrierten Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“.

[Telephon Nr. 419.]

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich Abends (außer an Sonn- und Festtagen) mit dem Datum des folgenden Tages und ist durch die Expedition, Johannisstraße 60, und die Post zu beziehen. Preis vierteljährlich Mkr. 1,00. Monatlich 35 Pfg. Postzeitungsliste Nr. 4089 a, 8. Nachtrag.

Die Anzeigengebühr beträgt für die viergespaltene Zeile oder deren Raum 15 Pfg., für Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen nur 10 Pfg., auswärtige Anzeigen 20 Pfg. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr Vormittags in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 80.

Dienstag, den 5. April 1898.

5. Jahrgang.

Hierzu eine Beilage.

## Politische Streitsachen.

### Deutschland.

Ludwig Schröder frei! Am gestrigen Sonntag hat einer der Essener „Buchtthäusler“ die Freiheit wiedererlangt. Genosse Ludwig Schröder ist aus dem Buchtthaus zu Werden entlassen worden, in das ihn ein Geschworenenpruch gesandt hatte, den, wie Herr v. Egibdy treffend sagte, mit Ausnahme der Geschworenen selbst, wohl fast Jedermann als einen Fehlspruch betrachtet hat. Wir begrüßen den schwergeprüften Freund von Herzen. Viele Worte brauchen wir nicht zu verlieren. Das Wort „Essener Meineidsprozeß“ braucht nur ausgesprochen zu werden, und in hunderttausenden und aberhunderttausenden von Arbeiterherzen erwacht das Mitgefühl für die unglücklichen Opfer des Prozesses. Wir wollen nur ein paar Verse zitieren, welche s. Bt. der Jugend über das Geschehene uns in die Feder diktierte, und die auf einer Vassalleier im Jahre 1895 eine wahrhaft elementare Kundgebung für die „Buchtthäusler“ wachriefen.

Ob hinter dumpfen Kerkermauern auch gleich ein traurig  
Schicksal droht  
Ob ihr auf Jahre für die Menschheit, und auch für euch  
die Menschheit tobt,  
Ob gleich dem Diebe, gleich dem Mörder man euch die  
Mannestocken schert,  
Im Schmachgewand des Buchtthausbälungs seid ihr uns  
dennoch lieb und werth,  
Wir wissen, daß ihr Ehrenmänner, wir wissen, daß ihr  
treu und wahr,  
Wir glauben, daß ihr abgewichen vom rechten Weg nicht  
um ein Haar,  
Wir sehen, daß ihr ungebrochen in's harte Joch des  
Kerkers geht,  
Wir hoffen, daß das Licht der Freiheit eucht umbeugt  
ihr wiederleht.  
Wir aber werden unverdrossen fortzukämpfen auf der alten  
Bahn  
In Treu und Ehren ohne Wanken und furchtlos, wie auch  
ihr gethan.  
„Ist auch der Säemann gefallen, in gute Furchen fiel  
die Saat.“  
Was heut' ihr tragt, wird Früchte bringen, wenn einst der  
Tag der Ernte naht.

Und wir glauben, der Gedanke an die Solidarität der Genossen, die sich in den Sammlungen für die Familien so glänzend bethätigte, das Gefühl der eigenen Unschuld, das Millionen mit ihnen theilen, wird unsern Freunden die schweren Tage leichter gemacht haben. Schröder ist frei, — aber, so schreibt unser Dortmunder Parteiorgan, wenn wir uns dessen freuen, so vergessen wir nicht, daß noch mehrere Opfer des Essener Prozesses im Kerker schmachten. Erst der 3. Oktober öffnet ihnen die Buchtthaussthere und erst nach Jahresfrist wird Gen. Joh. Mayer wiederkehren — ihn hat das Urtheil am schwersten getroffen! Wir warten und wirken! — Schröder ist, obwohl nicht im Besitze der Wahlfähigkeit, in Essen von uns als Reichstagskandidat aufgestellt worden. Der Wahltag wird zeigen, wie man in Arbeiterkreisen über diese Sorte „Verbrecher“ denkt.

Die Revision des sächsischen Vereinsgesetzes. Die sächsischen Konservativen beharren auf ihrem Plan, der Regierung ihr Joch aufzuzwingen. Sie weigern sich, die Aufhebung des Koalitionsverbotes für politische Vereine zu genehmigen, ohne daß zugleich neue Unterdrückungsbestimmungen in das Gesetz aufgenommen werden. Durch die konservativen Anträge soll das Vereinigungs- und Versammlungsrecht der Minderjährigen und der Frauen vernichtet werden. Formell beziehen sich diese Anträge nur auf politische Zusammenkünfte; in der Praxis wird sicherlich auch die Verfolgung reiner Berufsinteressen unterbunden werden, ja das gesamte Vereins- und Versammlungswesen würde durch die polizeiliche Auslegung und Anwendung der beantragten Bestimmungen in Frage gestellt werden. Die konservativen Anträge wurden angenommen, da diese Partei seit Einführung des Dreiklassen-Wahlrechts für sich allein die Mehrheit in jenem sächsischen Parlament hat. Und wie es scheint, wird die Regierung sich schließlich dem Drängen der konservativen Heißsporne fügen. Obwohl der Minister v. Meißner selbst zugab, daß die Ausführung der konservativen Anträge zu den größten Unzulänglichkeiten führen

müsse, und obwohl er von der Annahme dieser Anträge abrieth, so lief seine Rede andererseits doch auf die Erklärung hinaus: Wenn die Kammer die Anträge annehme, so werde die Regierung sie auf das Ernsteste und Sorgfältigste prüfen. Was dies bedeutet, ist klar. Wir haben uns wiederholt über diese neueste Mißthat des konservativen Regiments in Sachsen ausgesprochen. Brutalitäten ohne Ende haben die Konservativen auf das sächsische Volk gehäuft. Selbst kurz vor der Wahl wollen sie die Regierung treiben, noch einen ihrer schamlosen Lieblingswünsche durchzuführen, das als das Musterbild reaktionärer Tücken sprichwörtliche sächsische Vereinsgesetz noch viel ärgerlicher, noch freiheitsfeindlicher zu gestalten. — Aber die Vergeltung wird nicht ausbleiben. Das sächsische Volk wartet auf den Tag der Abrechnung. Aus dem Reichstage sollen die sächsischen Konservativen gefegt werden, hinter den Kerkermann u. d. Mehnert her, die schon bei der vorigen Wahl hinausflogen. Und die Verbrennen der konservativen Partei in Sachsen, insbesondere die Vernichtung des gleichen Wahlrechts und die jegliche Vernichtung des Vereinsrechts, sie offenbaren, was von den Konservativen im ganzen Reiche zu erwarten ist, wenn sie hier zu ähnlicher Macht gelangen sollten, wie in Sachsen, wo ihnen der feigste Liberalismus die Steigbügel gehalten hat, so daß sie die Alleinherrschaft gewannen, welche auch den Liberalismus bereits jetzt rückwärts niedertritt. Vielleicht aber darf man jenen sächsischen Reaktionshelden sogar dankbar sein, daß sie von den Plänen der Konservativen die letzten Schleier hinweggezogen, daß sie an einem Wirklichkeitsbeispiel gezeigt haben, wie die schlimmsten Befürchtungen jener Parteigänger in Sachsen wirken gleich einem Alarmsignal für die ganze deutsche Nation, im bevorstehenden Wahlkampf die konservative Herrschaft niederzuwerfen.

König Stumm hat sich bereit/erklärt, wieder zum Reichstage zu kandidiren. Das ist nett von ihm. Wir würden den Schleifsteinbrecher sehr vermißt haben.

Politische Rechte. Wie die Konservativen über politische Rechte denken und sprechen, wenn sie unter sich sind, ersehen wir aus einer Rede, die ein Herr Eisen im Friedeberg-Arnswaldeschen Wahlkreise für den konservativen Kandidaten Ring-Düppel gehalten hat. Besagter Herr Eisen sagte nach dem uns vorliegenden Bericht des „Amtlichen Friedeburger Kreisblattes“ wörtlich: „Wenn aber die Demokraten immer mehr politische Rechte verlangen und glauben, damit das Volk glücklich machen zu können, so ist das ein Irrthum. Politische Rechte haben noch Niemand einen warmen Rock oder ein Stück Brod gebracht.“

Diese konservative Weisheit, so schreibt die „Volkszeitung“, verdient höher gehängt zu werden. Sie spricht ganze Bände. Vom allgemeinen Wahlrecht angefangen bis zu dem minimalsten politischen Rechte ist also in den Augen eines Konservativen jede Garantie des Bürgers für eine gerechte Verwaltung — denn darin beruhen politische Rechte, daß sie diese Garantie geben — werthlos. Warum sind dann aber die Konservativen so eifersüchtig auf das Recht, im preussischen Herrenhause „angeborene“ parlamentarische Rechte wahrzunehmen? Warum schwärmen sie für das Dreiklassen-Wahlrecht, das ihnen die erste Geige im politischen Konzert sichert? Und wem anders verdanken sie ihre Liebesgaben im Betrage von Hunderten von Millionen als dem Rechte, ihre Begehrlichkeit mit Hilfe des Parlaments in 8- und 9stellige Empfangs-Ziffern umzusetzen?

Ein neuer Handelsvertrag mit Chile dürfte demnächst zum Abschluß gelangen. Da von Chile hauptsächlich Chilisalpeter als Düngemittel eingeführt wird, und der nationale Miß des Schutzes noch nicht bedarf, so wird diese Meldung die Agrarier wohl kalt lassen.

In der Bernsteinfrage steht eine Vereinbarung zwischen der preussischen Regierung und dem Bernsteinkönig Becker anscheinend in Aussicht.

„Aberdings —“ Ueber den Erlaß von Schutzvorschriften zu Gunsten der Arbeiter in Kospitaarspinnereien und Pinselabriken ist am 29. März im Reichsamt des Innern berathen worden. Wie die „Berliner Politischen Nachrichten“ hören, hat es sich dabei herausgestellt, daß „allerdings einige Maßnahmen zum Schutze der Arbeiter notwendig sein werden“. Wirklich! Und in Nürnberg, in Leipzig rast das Milzbrandgift unter den Arbeitern.

Aus dem Reiche des Kanonenkönigs. Am Dienstag wurde auf der Krupp'schen Germaniawerft in Kiel der neue Kreuzer „G.“ von Stapel gelassen. Es gab eine prunkvolle Feier, eine Rede des Admirals Tirpitz, allerlei Gerede von deutscher Größe und dergleichen mehr. Da ist es recht interessant, die Germaniawerft, die Herstellerin der vielverherrlichten Kriegsschiffe, auch einmal in einer anderen Beziehung zu betrachten, einmal zu sehen, unter welchen geschäftlichen Umständen die Produktion der Panzerschiffe vor sich geht.

Hierzu wird dem „Vorwärts“ aus Kiel folgendes geschrieben:

Bekanntlich hat im Jahre 1896 der Kanonenkönig Krupp die Schiffs- und Maschinenbau-Aktiengesellschaft „Germania“ mit der Verpflichtung übernommen, den Aktionären jährlich eine Dividende von 4 1/2 pCt. sicherzustellen. Im vorletzten Geschäftsjahre mußte Krupp noch 35 000 Mkr. drauflegen, um diese Dividende vollzumachen; im letzten Geschäftsjahre — 1. Oktober 1896 bis 30. September 1897 — hat sich das Bild geändert. Der Brutto-Gewinn betrug 999 262 Mkr. Davon sind für Generaluntersuchen, Reparaturen und Instandhaltung von Gebäuden und Betriebsinventarien 311 938 Mkr., für Abschreibungen 350 400 Mkr. verwandt worden, so daß ein Reingewinn von 336 924 Mkr. bleibt, dessen Vertheilung der Generalversammlung der Aktionäre wie folgt vorgeschlagen ist: An den Reservefonds 5 pCt. gleich 16 531 Mkr., statutarische Tantiemen an den Aufsichtsrath 26 400 Mkr., statutarische Tantiemen an Vorstand und Beamte 33 675 Mkr., 4 1/2 pCt. Dividende für ein Aktienkapital von 5 000 000 Mkr. gleich 247 500 Mkr., Gewinnvortrag 935 Mkr., Summa 336 924 Mkr.

Der Werth der für fremde und eigene Rechnung im Geschäftsjahre abgelieferten oder verrechneten Lieferungen betrug 5 268 084 Mkr., wobei die Ergebnisse des zur Werft gehörigen Werkes in Tegel bei Berlin eingerechnet sind. Es ist kaum anzunehmen, daß bei den für eigene Rechnung hergestellten Lieferungen ein besonderer Gewinn verrechnet wurde. Bleibt man nun den mit 375 608 Mkr. angegebenen Werth der Lieferungen für den eigenen Bedarf von der Gesamt-Umsatzziffer (5 268 084 Mkr.) ab, so erhält man als Werth der Lieferungen für fremde Rechnung die Summe von 4 892 476 Mkr. Auf diese Summe den Gesamt-Bruttogewinn von 999 262 Mkr. prozentual vertheilt, ergäbe sich also der Schluss, daß bei den Lieferungen für fremde Rechnung ein Bruttogewinn von 20 1/2 pCt. erreicht wurde. Es ist demnach ein brillantes Geschäft gemacht worden, und ein nicht minder gutes Geschäft wird im laufenden Geschäftsjahre gemacht werden, denn der Werth der z. Bt. vorliegenden Aufträge beträgt nicht weniger denn 14,8 Millionen Mkr.

Das ist die eine Seite des Bildes, nun zur anderen. An 28 hien wurden für die 1772 Arbeiter beider Werke im Berichtsjahr 1 814 675 Mkr. ausgegeben, das macht pro Mann 1024 Mkr. Zu Betracht ist jedoch hierbei zu ziehen, daß auch die Gehälter der Meister usw. in dieser Summe enthalten sind. Da diese Gehälter zum Theil weit über 2000 Mkr. hinausgehen, so ist der Durchschnittsverdienst der Arbeiter niedriger als 1024 Mkr. Lohnsätze von nur 24 Pf. die Stunde gehören keineswegs zu den Seltsamkeiten. Es kommt hinzu, daß bei dem Durchschnittslohn von 1024 Mkr. der Lohn für die ausgedehnte Ueberstundenarbeit eingerechnet ist, und ebenso der Akkordverdienst der Arbeiter. Es ergibt sich also, daß auch der von der Werft gemachten Angaben die Bezahlung der Arbeiter keineswegs glänzend ist, zumal der Schiffsbau zu den schweren und gefährlichen Berufen gehört. Umso mehr muß das hervorgehoben werden, als die Zahl der Unfälle auf der Germania-Werft die der anderen Werften weit übersteigt, und zwar in einem Maße, daß, wie dem 1896er Gewerbebericht des Gewerbe-Inspektors zu entnehmen ist (der Bericht für 1897 liegt noch nicht vor), der Gewerbe-Inspektor sich veranlaßt gesehen hat, „den Ursachen dieser Unfälle nachzuforschen und gleichzeitig die Maßregeln zur Unfallverhütung auf den übrigen Werften, deren Unfallziffer weit geringer war, genauer zu ermitteln.“

Als Grund der Unfälle wird angeführt: „Der häufige Wechsel der Arbeiter“ (dieser ist namentlich mit hervorgerufen durch die geringe Bezahlung), „die mangelhafte Schulung und Uebung der nach längerer Geschäftsstille in größeren Massen neu Eintretenden, das eilige Arbeiten mit diesen ungelübten Kräften unter dauernder Zuhilfenahme zahlreicher Ueberstunden zwecks pünktlicher Innehaltung kurzer Lieferfristen, das zum Theil mangelnde Bewußtsein der Verantwortlichkeit der mit der Ueberwachung und Aufsührung gefährlicher Arbeiten betrauten Personen und endlich die Gleichgültigkeit der Arbeiter gegen die erlassenen Vorschriften.“

Der zuletzt angeführte Grund der Unfälle ist gerade auf die Arbeitslast und auf die geringen Akkordpreise, wodurch der Arbeiter verleitet wird, die Sicherheits-Vorschriften außer Acht zu lassen, zurückzuführen, was dem Gewerbe-Inspektor völlig entgangen zu sein scheint.

Die Krupp'sche Germaniawerft zeigt also im Wesentlichen denselben unerfreulichen sozialen Kontrast, den die ganze Großindustrie aufweist: große, im vorliegenden Falle durch erhöhte Unfallgefahr erschwerte Arbeitslast für den Arbeiter, der als Entgelt dafür nur eine bestenfalls sehr mäßige Bezahlung empfängt, während der Unternehmer als Besitzer der Produktionsmittel die Früchte einer Stellung genießt, die so glänzend ist, wie sie in keiner Periode der gewerblichen Entwicklung früherer Zeiten je dagewesen.



**Stille** — so meint ein bayerisches Centrumsblatt — bedeute die Marineaktion nach menschlicher Berechnung für das Centrum. Hoffentlich jagt diese Stille einige Duzend geschorene Volksover-treter aus dem Reichstage heraus.

In Sachen Lieber schreibt „Der Volksfreund“ in Nachen kräftig und drücklich:

Der „Welfische Meckur“ hat die Güte, sich mit unserer Beurteilung des Verhaltens des Hrn. Dr. Lieber und seiner Gefolgschaft zu beschäftigen und uns diesbezüglich seinen Dissens auszusprechen. Das ist sein Recht, wie es unser gutes Recht ist, auf unsern Standpunkte zu beharren und den Hrn. Dr. Lieber und seine Gefolgschaft nach wie vor grundsätzlich und energisch zu bekämpfen. Dieser befindet freilich der „Welfische Meckur“ kein Verstoß in der „Welfischen Meckur“ zu halten, vermöge der man vor unliebamen That-sachen den Kopf in den Sand steckt und ruhig abwartet, ob das Unheil ohne Schaden vorübergehe. Das Unheil haben Hrn. Dr. Lieber und seine Gefolgschaft im Centrum ange-richtet, sie haben die so wünschenswerthe, allerdings auch vom H. Vater empfohlene Einigkeit (von einem „Geheiß“ kann da keine Rede sein) schände preisgegeben; sie haben die Politik des alten Centrums über Bord geworfen, das Programm unserer Partei in sehr wichtigen Punkten; in dem Punkte der Sparsamkeit für die Staats- und Reichsausgaben und bezüglich der Wahrung konstitutioneller und parlamentarischer Rechte, schwer verletzt. Sie haben die politische Stellung des Reichstags, die sie noch 1893 der neuen Mittelsvorlage gegenüber so fest verteidigt haben, kompromittirt und begrabt. Sie haben dem Reichstage wichtiges Recht: dessen Etatsrecht, auf lange Jahre preisgegeben und damit zugleich auch das Mitbestimmungsrecht des Volkes, der Wählerkraft, auf dieselbe Zeit geschmälert. Sie haben die ohnehin unser ganzes politisches Leben erdrückende Vor-herrschaft des Militarismus und des Marinismus ins Ungemessene gesteigert; sie haben gegen den Geist — wenn auch nicht gegen den Buchstaben der Verfassung des Deutschen Reichs Bewilligungen ungeheurer Forderungen auf lange Jahre — und sogar die dem entsprechenden Nachbewilligungen für immer — ausgesprochen und durch alles dem Reich eine schwere Last auferlegt; sie haben den so dring-lichen Kulturaufgaben des deutschen Volkes und Reiches durch die horrenden, zur Zeit zum großen Theile unnötigen, ja ganz überflüssigen Marinebewilligungen Millionen über Millionen entzogen.

Wenn das nicht anreicht, um einen Politiker anzuklagen, seine That zu verurtheilen und auch seine treibenden Motive näher zu untersuchen und ans Licht zu stellen, dann wissen wir allerdings nicht, was derselbe noch Schlimmeres und Verderblicheres verbrochen muß, um vor den Richter-saal der Partei, des Volkes und der Geschichte gefordert zu werden. Ein solcher Politiker und seine Gefolgschaft müssen fahrgesezt, sie müssen unichädlich gemacht werden, soll nicht das Ganze durch ihre schweren prinzipiellen und politischen Verfehlungen zu Grunde gehen. Man vertritt wohl „milare Gefühlsromantik, aber keine abge-färbte Meise politischer Urtheile, wenn man da noch von „Einigkeit“ und „Einigkeit“ der Partei redet, die doch gerade durch solche unberedenbare Politiker gebrochen und miß-achtet werden. Wenn man da nicht strenge vorgehen will, so macht man sich eines faulen, verhängnisvollen Kom-promisses“ zwischen den Prinzipien und einem niedrigen Personenkultus schuldig. Wir erklären, daß wir uns dieses „Kompromisses“ unter keiner Bedingung mitschuldig machen werden; wir wollen, daß der Centrumschilt rein erhalten werde. Wer ihn gröblich und unbedeutlich besetzt, der muß zurücktreten. Dem wenn man auch die Ber-dienste, die Politiker jener Art in früheren um unsere heilige Sache und speziell um die Centrumpartei als solche sich er-worben haben, voll und ganz bestehen läßt, so wird man Jenen um deswillen doch keinerlei Freibrief geben wollen und dürfen, ihre unheilvolle Thätigkeit, die sie bei den Beratungen und bei der Entscheidung über die Marine-vorlage entwickelt haben, fortzusetzen. Wer es mit unserer hehren Centrumsache ohne Selbstinteresse wohlmeint, wer sich Klarheit des politischen Blickes erworben hat und eine ehrliche Konsequenz in den Entscheidungen über öffentliche Angelegenheiten liebt, der muß zu der Erkenntnis kommen, daß es „so nicht weiter gehen kann“, das heißt: daß der „Führer-schaft“ Lieber's, Hertling's, Spahn's usw. Einhalt ge-geben werden muß, soll das Centrum nicht um alles Ansehen beim katholischen Volke und bei allen selbstständigen Politikern kommen.

Eine verlassene Ecke der Staatsverwaltung, so schreibt die „Fik. Btg.“, über die gewöhnliche Sterbliche nur selten etwas erfahren, ist die Archiv-Verwaltung. Die preussischen Staatsarchive unterstehen keinem Ressort-minister, sondern werden von dem jedesmaligen Minister-präsidenten verwaltet. Dieser hat jetzt eine Verfügung erlassen betr. die Benutzung von Archivalien aus älterer Zeit zu wissenschaftlichen Zwecken. Danach soll Reichsangehörigen, welche in Archivalien aus älterer Zeit bis 1700 zu wissenschaftlichen Zwecken Einsicht zu nehmen wünschen, die Erlaubniß durch die Archiv-Vorsteher selbstständig erteilt werden. Die Verfügung hat den Zweck, für diese Fälle den bisherigen lästigen Umweg einer direkten Anfrage beim Oberpräsi-denten überflüssig zu machen. Trotzdem ist diese Verfügung ein rechter Beweis dafür, wie wenig man sich noch immer bei uns dazu aufschwingen kann, die Schätze der Archive von dem Druck der Geheimnisthämerei, der auf ihnen lastet, zu erlösen. In Italien werden alle Akten der Archive bis zum Jahre 1815 ohne Schwierigkeiten der öffentlichen Benutzung freigegeben; in ganz Holland bis 1813; in Frankreich reglementsmäßig bis 1789, thatsächlich aber mit der größten Liberalität auch darüber hinaus. In Preußen soll Alles, was nach dem Jahre 1700 geschehen ist, mit demselben ängstlichen Schutze gegen Verletzung diplomatischer Staatsgeheimnisse umgeben werden, welchen man bisher sogar noch glaubte, auf Urkunden Albrecht's des Bären und Otto's des Faulen anwenden zu müssen. Daß etwa der diplomatische Dienst ein besonderes Inter-esse daran haben könnte, über die Verhandlungen zur Zeit des spanischen Erbfolgekrieges nur durch den Ober-präsidenten entscheiden zu lassen, ist garnicht anzunehmen. Wahrscheinlicher ist, daß hier noch immer, so unglaublich es auch klingen mag, ein fiskalisches Interesse mitpricht. Man hat die Angst, es könnte sich auch einmal um eine Urkunde des vorigen Jahrhunderts handeln, die in irgendeinem Prozesse des Fiskus der Gegenpartei zum Vortheil gereichen könnte. Verpflichtet doch der preussische Staat seine Archivbeamten, eine Urkunde, die in solchen Prozessen dem Gegner des

Fiskus nützen könnte, niemals selbstständig herauszugeben, sondern stets Bericht an die vorgesetzte Behörde zu er-statten. Ferner soll die ganze Beleichterung nur für „Reichsangehörige“ gelten. Die Unterscheidung zwischen Inländern und Ausländern bei wissenschaftlichen Insti-tuten ist in civilisirten Staaten nicht üblich. Daß der preussische Staat sie fortgesetzt beibehält, hat schon zu vielen ärgerlichen Mißverständnissen und Reibungen ge-führt. Nach der geltenden höchst pedantischen Instruktion von 1867 muß jedesmal, wenn ein Ausländer die Be-nutzungserlaubnis nachsucht, über ihn erst nach Berlin berichtet werden. Als vor einigen Jahren ein deutscher Gelehrter, aus Paris heimkehrend, zusammen mit einem französischen Kollegen die Benutzungserlaubnis für mittel-allerliche Akten eines rheinischen Archivs nachsuchte, und die Erlaubniß für den Einen sofort eintraf, während über den Anderen nach Berlin berichtet wurde, erhob sich in der französischen Gelehrtenwelt ein furchtlicher Lärm. In Kreisen, die der deutschen Wissenschaft sonst durchaus wohlwollend gegenüberstanden, drohte man dar-mals mit Abbruch aller wissenschaftlichen Beziehungen wenn einem Gelehrten, bloß deshalb, weil er Franzose sei, die Archive gesperrt würden. Dem daß gewißsach-lich Ausländer anders als Inländer behandelt würden, konnte man sich bei der völligen Gleichberechtigung, die in Frankreich selbst beobachtet wird, dort gar nicht denken. Zur Zeit des Kulturkampfes waren Einseitigkeiten der Archivverwaltung und namentlich der Nachveröffentlichungen ein beliebtes Rebegebiet des seligen Windhorst. Seitdem dieser entschlafen, ist es davon still geworden.

## Parteienossen, gedenkt des Wahlfonds!

### Dänemark.

Bei den Kopenhagener Kommunalwahlen am 22. März, deren für die Demokratie günstiges Ergebnis wir bereits mittheilten, sind in diesem Jahre erheblich mehr Stimmen abgegeben als im Vorjahre. Die 7 aufgestellten Kandidaten der Oppositionsliste erhielten 14 627—14 238 Stimmen, die der konservativen Liste 11 747—11 685 Stimmen. Die Opposition (worunter meist Sozialdemokraten) siegte also durchweg mit einer Majorität von ca. 3000 Stimmen. Trotz der Zensurwahl — nur Personen mit einem Einkommen über 1000 Kronen haben überhaupt Stimmrecht — haben in Kopenhagener Kommunalwahl nun doch die Radikalen die Majorität. Und doch hat die Rechte noch 1000 Stimmen mehr als im Vorjahre aufgebracht, die Opposition aber hat um 3000 Stimmen zugenommen.

Interessant ist folgende Stimmentabelle aus dem Kopenhagener „Sozialdemokraten“:

	Konservative	Opposition
1891 Stimmen:	6 812—6 251	2 847—2 784
1892	4 279—4 267	3 032—3 520
1893	6 308—4 650	7 241—6 337
1894	11 800—11 249	7 715—6 974
1895	10 104—9 995	9 078—8 804
1896	11 516—11 194	9 041—9 539
1897	10 805—10 532	11 465—11 040
1898	11 747—11 685	14 627—14 238

Die konservativen Stimmen sind also seit 1894, abgesehen von kleinen Schwankungen nach unten, stehen geblieben, die Oppositionsstimmen dagegen nahmen ständig zu, in einigen Jahren um 1000 oder 2000, seit 1897 sogar um 3000 Stimmen. Der Sieg der Demokraten ist also kein zufälliger, er ist das Resultat der Entwicklung. Noch hat die Rechte einen alten Wählerstamm, aber alle neuen Elemente gehören der Opposition an.

### Frankreich.

Von Zola. Das Urtheil gegen Zola — es lautete bekanntlich auf 1 Jahr Gefängniß — ist vom Kassations-hofe kassirt und nicht an ein neues Gericht ver-wiesen worden. Als Aufhebungsgrund wird die mangelnde Klageberechtigung des Kriegsministers, also ein Form-fehler, angegeben. Man wird sich nun wohl hüten, eine neue Anklage zu erheben, wozu noch bis zum 13. d. Mts. Zeit wäre, Panama braucht Ruhe. Das dürfte ausschlag-gend sein, obwohl ein Telegramm der „Frankf. Btg.“ meldet:

Habert bringt eine Interpellation ein mit folgendem Wortlaut: Was bedeutet die Regierung zu thun nach der Kas-sation des Zola-Prozesses? Die Regierung nimmt die Anfrage an und antwortet voraussichtlich dahin, daß sie die Er-hebung einer neuen Anklage durch das Kriegsgericht in Aussicht stellt.

Panamajustiz. Die Kammer erörterte am Mitt-woch den Bericht des sozialistischen Abgeordneten Viviani über die Haltung der Justizbehörden in der Panama-Angelegenheit. Der Bericht schließt mit einem Tadelvotum gegen den früheren Generalstaats-anwalt Duesnay de Beaurepaire. Viviani be-gründete den Beschlufantrag des Berichts und erinnerte daran, daß Beaurepaire sich weigerte, vor der Parlaments-kommission Zeugniß abzulegen und gewisse Beweisstücke zurückhielt. Viviani wirft sodann Beaurepaire vor, daß er die in der Panama-Affaire Angeklagten in die Lage gebracht habe, sich auf die Verjährung zu berufen, daß er es ferner versäumt habe, die Rainachschen Papiere mit Beschlagnahme zu lassen und daß er schließlich die Justiz vor einem Agenten der parlamentarischen Korruption habe zurückweichen lassen. Die Kammer beschloß mit 311 gegen 174 Stimmen den öffentlichen Anschlag der Rede Viviani's. Nach einigen Bemerkungen des Justizministers wurden die in dem Berichte Viviani's und dem Generalbericht Ballés über die Panama-Angelegenheit enthaltenen Anträge einstimmig angenommen. Zu-

folge des Tadelvotums wird der frühere Generalstaats-anwalt Duesnay de Beaurepaire, entsprechend dem schon früher von ihm gestellten Ersuchen und den heutigen Er-klärungen des Justizministers, vor einem aus den höchsten richterlichen Beamten bestehenden Disziplinargerichte er-scheinen. Komödie!

### Griechenland.

Ange um Angel! Die Veräber des „Attentats“ auf den König, Karthiki und Georgis, wurden zum Tode verurtheilt.

### Amerika.

Der spanisch-amerikanische Konflikt ist noch immer nicht gelöst. Die europäischen Großmächte sträubten sich, eine Vermittlerrolle zu übernehmen, dagegen soll der Papst nicht abgeneigt sein. Einweilen „rücken“ die Gegner. Newyork. Laut Telegramm der „Frankf. Btg.“ nahm das Senatkomitee für auswärtige Angelegenheiten die Resolution an, die die Anerkennung der Unabhän-gigkeit Kubas fordert und den Präsidenten er-mächtigt, die Unabhängigkeit Kubas eventuell mit Waffen-gevalt herzustellen.

## Wahlberichter.

4 April.

Da streiten sich die Lent' herum — — — Nachstehend ein paar Zeilen aus unserer bürgerlichen Presse.

Nr. 1. „Lüb. Anz.“ vom 1. April:

Wahlbewegung. Die Wahlkommission der sozialdemo-kratischen Partei beschloß in einer gestern Abend abgehaltenen Versammlung, den Wahlkampf mit Anhe und nur mit sachlichen Mitteln zu führen. Die Geschäftigkeit demagogischer Agitation wurde scharf verurtheilt.

Nr. 2. „Gen.-Anzeiger“ vom 2. April: (Dasselbe in Grün.)

Nr. 3. „Lüb. Anz.“ vom 2. April:

Wahlbewegung. Auf unsern niedlichen, harmlosen kleinen Anzeiger ist der „General-Anzeiger“ und alter Gewohnheit hineingefallen, indem er ihn einfach ohne Quellenangabe abdruckt. Unter der Epigramme Wahl-bewegung brachten wir eine Notiz, die wir hienüt feierlich bemerken. Sie ist leider nicht wahr gewesen, und mit Ver-türkung betrachten wir die Folgen unserer Unthat, die es dazu brachte, daß noch am 2. April, wo das Anzeiger machen gar nicht mehr erlaubt ist, die Unwahrheit weiter verbreitet wurde. Eigentlich hätten wir das ahnen müssen.

Nr. 4. „Gen.-Anz.“ vom 3. April:

Das Amtsblatt versucht es seit einiger Zeit, in Ermange-lung anderen Stoffes sich an uns zu reiben. So tisch es in seiner gestrigen Abendausgabe seinen wenigen Lesern die Nach-richt auf, daß wir auf seinen „niedlichen“ Anzeiger — da sonst Niemand das Amtsblatt lobt, muß es sich doch selbst bewei-hrücken — hineingefallen seien. Als „Scherz“ verbreitete es nämlich die Nachricht, daß die sozialdemokratische Partei sich in dem bevorstehenden Wahlkampf der Sachlichkeit bestreben werde. Da auch in dieser Partei thatsächlich das Bestreben, nach Mög-lichkeit sachlich zu bleiben, vorherrschen soll, so überlassen wir es getrozt unseren Lesern, zu beurtheilen, ob dieser „Scherz“ ge-schmackvoll oder gar „niedlich“ ist oder nicht. Wenn wir nun bei Reproduzierung der Notiz das Amtsblatt nicht als Quelle angegeben haben, so geschah das aus dem einfachen Grunde, weil jenes Blatt wie bekanntlich früher den „Annoncen“, so jetzt den redaktionellen Theil unseres „Gen.-Anz.“ in ergiebiger Weise ausschaltet und zwar ohne uns zu zitieren. So hat es z. B. noch dieser Tage den von uns bearbeiteten Jahresbericht des „Gemein-nützigen Bauvereins“ aus unserem „Gen.-Anz.“ ohne jede Quellenangabe wörtlich abgedruckt.

Nr. 5. Vorkäufig der „Lübeker Volksbote“ ohne jeglichen Kommentar als lachender Dritter. Hoffentlich können wir in der nächsten Nummer die Fortsetzung dieser amüsanten Geschichte bringen.

Die Umwandlung der städtischen Feuerwehr in eine Berufsfeuerwehr erfolgt laut Senat- und Bürgerschafts-beschluß zum 1. Juli. Die Reorganisation der Feuer-löschwesen war bei dem raschen Wachsen der Stadt, vor allem auch infolge der Anlage großer Fabriken vor dem Holstenhore eine dringende Nothwendigkeit geworden. Ob man mit dem jetzt Beschlossenen das Richtige ge-troffen hat, muß die Zukunft lehren. Hoffentlich hält man von der Berufsfeuerwehr nach Möglichkeit den zwecklosen Kasernendruck fern, den man so gern bei allen dergleichen Instituten einführt. Er ist nirgends weniger angebracht, nirgends direkt schädlicher als gerade hier Leute, die unter Umständen unter Lebensgefahr das Eigen-thum ihrer Mitmenschen vor entseffelten Elementen schützen und retten sollen, darf man nicht durch überflüssigen, im Grunde nur dem Kommandir- und Kritizirgelüste dienenden äußerlichen Formelkram verbittern. Gerade hier soll der umsichtigen Gesamtleitung Geistesgegenwart und Selbstständigkeit jedes Einzelnen zur Hülfe kommen, wenn nicht planlos gearbeitet werden soll. Erfreulich ist, daß die Bürgerschaft sich für die Pensionsberechtigung der Feuerleute ausgesprochen hat. Der Widerstand des Se-nates hiergegen war uns unbegreiflich. — Was wird nun mit den früheren Feuerwehrlenten? Sie sind zum 1. Juli sämtlich gekündigt worden. Wohl die wenig-sten von ihnen werden, obwohl viele von ihnen durch lange Thätigkeit praktische Erfahrung in Fülle gesammelt haben, der neuen Organisation eingereiht werden. Sie sind dann eben abgefunden. In einem Punkte jedoch ist man mit ihnen noch nicht fertig. Daran hat offenbar die Bürgerschaft nicht gedacht, ja, wie uns glaubhaft ver-sichert wird, wissen wahrscheinlich die wenigsten Bürger-schaftsmitglieder darum. Das ist die Frage: Was wird mit der „Unterstützungslabe für im Dienst unfähig gewordene und beim Feuer zu Schaden gekommene Feuerleute“? Diese Labe wurde am 4. März 1817 gegründet und wird als Ursache ihrer Errichtung im § 1 der Satzung, daß man bei „einer guten Wöschanstalt nur junge, rasche Männer gebrauchen könne, weshalb man die älteren, un-fähig gewordenen entlassen müsse, daß dieses Jaber den



Abgedankt gegenüber nicht anders als hart sein könne, zumal die Leute in ihrem Alter gewöhnlich am bedürftigsten seien und daher die bisher gewohnte kleine kleine Entnahme sehr schwer entbehren würden. In diese Lage mußten sich die Feuerleute mit einem bestimmten Theil ihres Verdienstes als regelmäßigen Beitrag einzahlen. Das zusammengebrachte Geld diente als Invaliden- und Pensionsfonds. Da nun manche der jetzigen Feuerleute bereits über ein Jahrzehnt im Dienste sind und somit ein ganz erhebliches Stückchen in die Lade getragen haben, deren Vermögen z. B. etwa 14 000 Mk. betragen soll, so ist es begreiflich, daß sie sehr lebhaft die oben genannte Frage erörtern. Wenn fällt das angesammelte Geld zu? Wie wird man die Leute entschädigen? Wir erwarten mit Bestimmtheit, daß diese Ungleichheit baldigst in angemessener Weise geregelt wird und die Feuerleute aus der Ungewißheit heranzukommen. Es wäre u. E. angebracht gewesen, wenn hier von vornherein etwas Bestimmtes festgelegt wäre, ehe man die Umwandlung beschloß.

Im Sprechtal des Amtsblattes äußert sich „Ein Bürger“ darüber, daß in der am Freitag stattgehabten Versammlung der Bohnhofinteressenten sowie über „den größeren oder geringeren Gehalt von „Mückgrat“ und über die bisherige Thätigkeit der jetzigen Bürgerchaftsmitglieder“ getabelt worden ist. — Können die Herren denn keine Kritik vertagen? Oder haben sie etwa förmlich viel Mückgrat? Sie werden es doch jedenfalls noch darüber bekommen!

Eine große öffentliche Versammlung findet am Dienstag in den „Central-Hallen“ statt. Auf der Tagesordnung steht: „Wo will die Bevölkerung Lübecks den Bahnhof haben?“ Die Versammlung ist von Interessenten einberufen.

Die Wäckermeister haben, wie aus der Wesellen-Erklärung in der Sonntags Nummer d. Bl. ersichtlich, in ihrer großen Mehrheit beschlossen, in der Nacht zum zweiten Dienstag die Arbeit ruhen zu lassen. Hoffentlich finden nicht allzu viele Ausnahmen von dieser üblichen Regel statt und unterstützt das Publikum im Interesse der Wäckerarbeiter die Meister in ihrem Vorhaben.

**Kinderkassenschkung.** Die bejahrte Ehefrau D. aus Eckart, eine in guten Verhältnissen lebende Frau, hat im Oktober v. Js. bekanntlich das uneheliche Kind ihrer Tochter in den Anlagen beim Bahnhofs hier selbst ausgelegt. Die Thäterin wurde ermittelt und stand in der vorigen Woche vor dem Landgericht. Das Gericht nahm an, daß die Frau, welche an epileptischen Anfällen leidet, gleichwohl in vollem Bewußtsein, und zwar aus Geiz, gehandelt habe, und verurtheilte sie zu 1 Jahr Gefängnis. Sie habe nur das Kostgeld sparen wollen. Das Verhalten der Angeklagten wurde scharf gerügt, und nur ihr Alter schützte sie vor höherer Strafe.

**Gefundene Leiche.** Gestern Morgen wurde aus der Wakenig unterhalb der Marktstraße die Leiche eines seit längerer Zeit verschwundenen Schriftsetzers gezogen. Es dürfte Selbstmord vorliegen.

**Schiffverkehr im Hafen.** Im ersten Quartal 1898 sind eingelaufen 320 Dampfer und 76 Segler, insgesammt 131 Schiffe mehr, als im gleichen Zeitraum des Vorjahres.

**Neue Bürger.** Zu Lübeckischen Staatsbürgern sind vom Stadt- und Landamte angenommen: Hermann Johann Friedrich Waack, Arbeiter. Gustav Baginski, Revisionsaufscher. Carl Johannes Wessert, ständiger Posthilfsbote. Johann August Conrad Wolbt, Schuhmachermeister. Johann Gottlieb Vothe, Schmiedegehilfe. Franz Joseph Wrons, Kaufmann. Fritz Wilhelm Philipp Castens, Maurermeister. Christian Friedrich Dräger, Wagenschieber. Franz August Ludwig Dreher, Klempner. Carl Peter Johannes Fischer, Lokomotivführer-Beihilfe. Franz Frende, Schmiedemeister. Johannes Heinrich Friederici, Dräger. Heinrich Christian Friedrich Hermann Wlogner, Aufwärter. Johannes Joachim Fritz Goldbaum, Optiker und Graveur. Heinrich Johann Ernst Grabner, Maurermeister. Hans Friedrich Groth, Höfer. Ludwig Heinrich Wilhelm Haase, Schuhmacher. Johann Friedrich Franz Haack, Schuhmacher. Johannes Christian Heinrich Hammann, Tischlergehilfe. Andreas Heinrich Wilhelm Haase, Lohnbdiener. Wilhelm Christian Heinrich Havemann, Schankwirth. Carl Heinrich Silberbrandt, Hefenarbeiter. Hans Hinrich Hopp, Zimmermeister. Josef Ludwig Heinrich Keil, Buchdruckerei-Faktor. Carl Hieronymus Klee, Böttcher. Friedrich Engelbert Klein Schmidt, Maschinenist. Johann Heinrich Christian Kleiser, Arbeiter. Johann Heinrich Koch, Höfer. Johann Christian Köhn, Brennmaterialienhändler. Wlth. Bernhard Jacob Koop, Kaufmann. Hinrich Friedrich Koth, Arbeiter. Carl Ferdinand Krieg, Gütereigentümer. Heinrich Gregor Wilhelm Kuehn, Barbier und Feiseur. Hermann August Adolf Lehmann, Tischler. Johann Jochen Friedrich Christian Albert, Diener. Johann Heinrich Lüdemann, Arbeiter. Christian Friedr. Johann Alth, Tischlergehilfe. Heinrich Georg Joachim Martens, Vorarbeiter. Johann Christian Weggers, Registrator. Johann Friedrich Carl Meier, Arbeiter. Franz Joachim Heinrich Meißner, Arbeiter. August Hinrich Müller, Arbeiter. Heinrich Friedrich August Nagel, Dienstmagd. Christian Johann Niemann, Schneider. Johann Heinrich Friedrich Oltag, Schmiedemeister. Hans Jochen Oltroge, Schankwirth. Wilhelm Heinrich Friedrich Perison, Maurer. Otto Biquardt, Kaufmann. Hermann Christian Friedrich Puls, Stellmacher. Johann Heinrich Friedrich Busch, Arbeiter. Heinrich Friedrich August Niedermann, Schuhmachermeister. Jürgen Euno Heinrich Sager, Bauaufseher. Adolph Otto Wlag Schädel, Kaufmann. Peter Heinrich Christian Schlenz, Schuhmachermeister. Joachim Hinrich Friedrich Schreiber, Schmiedegehilfe. Johann Heinrich Martin Schmitt, Hüfner zu Nieder-Büffan. Johann Joachim Friedrich Schmitt, Registrator. Dr. phil. Adolph Heinrich Christoph Schwarz, Oberlehrer an der Baugewerkschule. Carl Wilhelm Christian Sien, Formmeister. Johann Andreas Edoard Spilhaus, Bauaufseher. Johann Joachim Dieblich Steffen, Arbeiter. Carl Helmuth Stein, Gütereigenthümer-Gehilfe. Friedrich Ernst Wilhelm Störner, Arbeiter. Friedrich Robert Straubing, Schuhmachermeister. Wilhelm Paul Heinrich Stämer, Buchhändler. Johannes Carl Joachim Trohn, Arbeiter zu Tremz. Carl Friedrich Utermard, Lehrer. Johann Ernst Reinhold Vogt, Maurermeister. Helmuth Christoph Johann Wadow, Milchfahrman. Hans Friedrich Westphal, Postkaffner. Fritz Joachim Wilhelm Willroth, Stellmacher. Friedrich Heinrich Martin Wulff, Postkaffner. Dieselben haben am 30. März 1898 vor dem Senate den Bürgereid geleistet.

Die Lübeckische Staatsangehörigkeit haben im Monat März 62 Personen erworben, aus dem Lübeckischen Staatsverbande entlassen ist 1 Person.



## Hinein in den sozialdemokr. Verein!

Das feudale Junkertum und die gesammte Kapitalistenklasse sind an der Arbeit, um die geringen politischen Rechte des Volkes zu vernichten und einen großen Vortritt auf seinen Geldbeutel zu unternehmen. Die Regierung ist diesen Elementen nicht uneifrig zu Willen, sie sucht durch eine abenteuerliche answärtige Politik die Aufmerksamkeit des Volkes von den immer unhaltbaren, verderblichen inneren Zuständen des Reichs abzuwenden.

In dieser Zeit der wirtschaftlichen und politischen Reaktion ist ein fester Zusammenhalt aller wirklich freiheitlich gesinnten Männer zur absehbaren Nothwendigkeit geworden. Der

## Sozialdemokratische Verein zu Lübeck

ist von jeher für die Rechte der unterdrückten Volksschichten energisch eingetreten, er repräsentirt die lokale Organisation der sozialdemokratischen Partei im Wahlkreise Lübeck.

Parteiangehörigen, Arbeiter! Es ist nothwendig, daß wir schon jetzt zu den nächsten Wahlen rüsten, denn der Kampf wird diesmal noch viel heftiger als früher werden. Wir fordern daher alle Diejenigen, die mit den Bestrebungen der Sozialdemokratie einverstanden sind, auf, unserem Vereine beizutreten und so durch Leistung des geringen regelmäßigen Monatsbeitrages von 20 Pfennigen unsere Kampfsähigkeit zu erhöhen.

Aufnahmen finden statt bei dem Kassirer

**Gustav Kühler, Böttcherstr. 18,**

und in den am ersten Montag nach dem Essen eines jeden Monats im

**Vereinshaus, Johannisstr. 50,**

stattfindenden Mitgliederversammlungen.

## Hinein in den sozialdemokr. Verein!



**Ihr Wirth.** Die jetzt von dem Wirth Dahme benutzten Räume des Grundstücks Mengstraße Nr. 6 sollen vom 1. Juli d. Js. an anderweit vermiethet werden. — Ob sich unter den jetzigen Verhältnissen wieder ein Wirth als Liebhaber findet, ersieht man leicht.

**Ernennung.** Am 26. v. M. hat der Senat W. Chr. D. Schund an Stelle des auf seinen Antrag entlassenen W. Magnus zum bürgerlichen Deputirten und Bezirkspfleger bei der Allgemeinen Armenanstalt ernannt.

**Schutz den Hunden.** Der Senat hat nachstehende Verordnung, betreffend die Hundeführwerke erlassen:

§ 1. Hundewagen dürfen zur Beförderung von Personen nicht benutzt werden. — § 2. Auch der Führer eines Hundeführwerks darf während der Fahrt nicht auf dem Gefährt sitzen, hat vielmehr die Hand, neben demselben hergehend, an der Hand zu führen. — § 3. Der Führer ist verpflichtet, sobald ihm Meiler oder mit Herden bespannte Führwerke begegnen, möglichst abseits zu halten. Er darf sich beim Fahren nicht vom Führwerk entfernen und die Hunde ohne Leitung oder Führung lassen. — § 4. Ist der Führer genehmigt, von seinem Führwerk abzugehen, was ihm jedoch nur für kurze Zeit gestattet ist, so muß er durch festes Anlegen der Hunde dafür sorgen, daß sie keinen Vorübergehenden durch Anspringen oder sonst nachtheilig werden können. — § 5. Der Führer ist verpflichtet, vom 1. Oct. bis Ende März Decken bei sich zu führen und dieselben beim Anhalten den Hunden unterzulegen. — § 6. Hinten am Führwerk müssen Name und Wohnort des Besitzers mit deutlichen Buchstaben verzeichnet sein. — § 7. Zuwiderhandlungen gegen diese Verordnung werden mit Geldstrafe bis zu 60 Mk. oder mit Haft bis zu 14 Tagen bestraft.

**Wahl.** Von der Gemeinde-Versammlung in Nieder-Büffan ist das bisherige Mitglied des Gemeinde-Vorstandes, Hüfner H. C. P. L. Grube in gleicher Eigenschaft auf die gesetzliche Amtsdauer von 6 Jahren wiedergewählt worden. Die Bestätigung der Wahl durch das Stadt- und Landamt ist erfolgt.

**Konkursöffnung.** Ueber das Vermögen des Besitzers der Adler-Brauerei Carl Gustav Leichgräber in Lübeck, Arnimstraße 29, ist am 2. April 1898 das Konkursverfahren eröffnet worden. Der Rechtsanwält Dr. Görz ist zum Konkursverwalter ernannt.

In das Handelsregister ist am 2. April 1898 eingetragen: auf Blatt 2039 die Firma „Rudolph Stender.“ Ort der Niederlassung: Lübeck. Inhaber: Rudolph Christian Heinrich Amanus Stender, Kaufmann in Lübeck.

**Testamentsöffnung.** In der Sitzung des Amtsgerichts am Mittwoch, den 6. April 1898, Vormittags 10<sup>1/2</sup> Uhr werden eröffnet werden: 1) das Testament des hier selbst am 23. März 1898 verstorbenen Laternenwärters Theodor Friedrich Heinrich Stender; 2) das Testament des hier selbst am 24. März 1898 verstorbenen Gärtners Johann Peter Hermann Meyer; 3) das gegenseitige Testament der hier selbst am 27. März 1898 verstorbenen unverehelichten Adele Siemsen und ihrer Schwester Julie Henriette Siemsen.

**Gefundene Gegenstände.** Im März d. J. sind beim Polizeiamte als gefunden eingeliefert und nicht wieder abgefordert worden: Kragen, Schuhe, Schirme, Tücher, verschiedene Kleidungsstücke und Hüte, Bücher, Ringe, Schürzen, Säckel usw.

**Von der Wasserkunst.** Die Hauseigenthümer in der Stadt Lübeck und deren Vorstädten werden darauf aufmerksam gemacht, daß sie verpflichtet sind, von allen in ihren Häusern vorgenommenen Veränderungen, die auf die Höhe der Beiträge zur Stadtwasserkunst Einfluß haben, der Verwaltung der Stadtwasserkunst

spätestens 14 Tage nach Eintritt der Veränderung Anzeige zu machen.

Eine Holzauktion findet für das Cronsforder Forstrevier am Dienstag, den 12. April d. J., Nachmittags 2<sup>1/2</sup> Uhr im Hause des Gastwirths Stapelfeldt in Cronsförde statt. Aus den Forstorten Lehmsjöhren, Crummesserhaide und Bärkerkoppel werden verkauft: ca. 80 Nm. Buchen Kluft und Knüppel, ca. 100 Nm. Birken und bir. Kluft und Knüppel, ca. 110 Nm. Kiefern Kluft und Knüppel, ca. 100 Kavelinge Aspen und Ebern Pantoffel- und Drechslerholz, ca. 140 Haufen Buchen, Weich- und Nadelholz Busch.

**Dassow.** Was soll Ener dortaus sagen? Hier wird allgemein behauptet, wenn die Lübecker Sozialdemokraten wieder nach Dassow kämen, sollten sie in das Spritzenhaus gesperrt werden. — Die Lübecker „Umsürzler“ freuen sich schon jetzt auf diesen seltenen Genuß. So etwas wird Unserem nicht jeden Tag geboten.

**X. Guttn.** Eine Polizeivorschrift betreffend das Halten von Fuhrwerk ist für die Stadt erlassen worden. Dieselbe ist bereits in Kraft getreten und hat folgenden Wortlaut: § 1. Diese Polizeivorschriften beziehen sich nur auf Fuhrwerk, das in Umtz auf öffentlichen Straßen oder Plätzen zum allgemeinen Gebrauch angesetzt ist. — § 2. Das Fuhrwerk und die Weichirre sind in einem zweckentsprechenden, guten und reinlichen Zustande zu halten. — § 3. Es können feste Standorte für die Fuhrwerke vom Stadtmagistrate bestimmt werden. — § 4. Die Fuhrwerke haben bei ihren Fuhrwerken zu bleiben und dürfen das Publikum nicht zur Benutzung des Fuhrwerks anfordern. Sie müssen anständig gekleidet sein. Der Stadtmagistrat ist berechtigt, ihnen eine bestimmte Kopfbedeckung vorzuschreiben. Sie haben sich gegen das Publikum, insbesondere gegen die Fahrgäste, höflich zu betragen und den Anforderungen der Polizeibeamten unweigerlich Folge zu leisten. Während desfahrens in der Stadt haben sich die Fuhrwerke des Mannens zu enthalten. — § 5. An der Wand des Rädiges des Fuhrwerks muß stets ein mit dem Siegel des Stadtmagistrats versehenes Exemplar der geltenden Fuhrwerkstaxe sichtbar befestigt sein. Es ist auf dem Stadtmagistrat unentgeltlich zu lösen und stets in leserlichem Zustande zu halten. — § 6. Es darf nicht mehr als die Taxe gefordert werden. Das Erbitten von Leihgebühren ist untersagt. — § 7. Bei entstehenden Streitigkeiten über die Höhe des Fahrgeldes wird der Betrag desselben, unbeschadet der gerichtlichen Entscheidung, vorläufig von der Polizeibehörde festgesetzt. — § 8. Uebertretungen dieser Vorschriften werden mit einer Geldstrafe bis zu 30 Mk. bestraft.

**Zehmaru.** Versammlungen. Der Mund der Landwirth hielt am 28. v. M. in Petersdorf eine Versammlung ab, in welcher der neuerwählte Kreisvorsitzende für den Kreis Oldenburg, Guttsbesitzer von Meergaard Develgünne und der Provinzial-Vorsitzende, Guttsbesitzer Ribberg-Augustenhof über die Programmforderungen des Bundes der Landwirth und dessen Stellung zu den anderen Parteien sprachen. Wie nicht anders zu erwarten, wurde fürchtbar auf die Sozialdemokratie geschimpft. Die Nationalsozialen wurden als die ärgsten Gegner betrachtet, weil diese mit großen Mitteln und bedeutenden Mitteln ausgerüstet sind. (Herr Danasche giebt sich der bombastischen Hoffnung hin, den 9. Wahlkreis zu gewinnen.) Ein Pastor Stock-Petersdorf trat in der Diskussion für die Nationalsozialen ein und nahm sie in Schutz. Am andern Tage fand in Landkirchen ebenfalls eine Versammlung statt.

**Zehmaru.** Unwetter. Der Sturm, der in der letzten Zeit wüthete, hat auch an unserer Küste einen ganz bedeutenden Schaden angerichtet. Man schätzt den Verlust an Land, das an dem nördlichen und östlichen Ufer, von Breesen bis Staberhut abgepült ist, auf mindestens fünf Hektar. Die Jahre zu Zehmaru bietet ein Bild der Verwüstung, der Steindamm daselbst ist stark beschädigt, der Wendepfad auf dem Brückenkopf ist aufgerissen, die Brücke ist daher nicht befahrbar, auch der alte Kutter ist entzwei geschlagen, der an der Brücke vertaut war.

**Hamburg.** Aprilscherz. Wie der „Volksztg.“ angeblich von hier telegraphirt wird, hat sich Wismar an seinem 83. Geburtstagsfeste entschlossen, dem Oberförster Lange die von demselben beanspruchte Pensionszulage — in Berücksichtigung der treuen Dienste, welche ihm Lange während einer langen Reihe von Jahren geleistet habe — in vollem Umfange zu bewilligen. Wismar würde hiernach nicht gezwungen sein, den ihm auferlegten Eid zu leisten.

**Hamburg.** Den berüchtigten Einbrecher Schöo, welcher am 13. Februar einen Schutzmann, der ihn verhaften sollte, durch einen Revolvererschuß schwer verletzete und erst nach geraumer Zeit gefaßt wurde, verurtheilte am Sonnabend das Schwurgericht wegen Todtschlagsversuchs zu zehn Jahren Zuchthaus.

**Hamburg.** Justitia in Uegirland. Der hiesige Amtsrichter Dr. Paul Friedrich Ludwig Gelpke ist, dem „Vokal-Anzeiger“ zufolge, zum Richter in Riautschau ernannt worden. Vorher zur Vorbereitung ist er auf sechs Monate zum Reichs-Marineamt beordert.

**Hamburg.** Zum Nachfolger des Grafen Waldersee ist Generalleutnant v. Massow, bisher in Straßburg, ernannt worden.

**Altona.** Der Streik der Tischler, Maschinens- und Plagarbeiter von Marcus und Frank in Ottenen, dauert unverändert fort. Keiner der Streikenden ist bis jetzt abtrünnig geworden.

**Heiligenhafen.** Kandidatur. Unser Reichstagsabgeordneter Herr von Tungen hat aus Gesundheitsrücksichten eine abermalige Kandidatur für unsern Wahlkreis abgelehnt; die nationalen Parteien wollen jetzt den Konfissorial-Präsidenten Dr. von Stockmann-Wiesbaden als Kandidat aufstellen. Derselbe ist geneigt, die Kandidatur anzunehmen.

**Kiel.** Schiffsunfall. Wie der „Frlk. Ztg.“ telegraphirt wird, kollidirte ein Boot des „Blücher“, welches den kommandirenden Admiral aufnehmen sollte, mit einer Dampfmaschine, wurde am Steuerbord gerammt



und fant. Die Mannschaft wurde nur mit Mühe gerettet.

**Rostock.** Reichstagsabgeordneter Dr. v. Buchta geht unter die Wilden. Er ist, wie der „Reichsanzeiger“ mittheilt, zum Direktor der Kolonialabtheilung ernannt worden. — Die Ernennung des Herrn v. Buchta, so schreibt die „Freie Ptz.“, erregt allgemeines Aufsehen. Herr v. Buchta hat thatsächlich im Reichstage weder in einer Kommission noch im Plenum jemals zu Kolonialfragen das Wort ergriffen. Seine einzige Beziehung zu Kolonialfragen beruht darauf, daß er zum „Ausschuß“ der Kolonialgesellschaft in Berlin gehören

soil. Die Ernennung soll erfolgt sein auf Betreiben des Herzogregenten Johannes Albrecht, des Präsidenten der deutschen Kolonialgesellschaft. Herr v. Buchta ist 47 Jahre alt, war mit noch nicht 28 Jahren Landesgerichtsrath, 5 Jahre später Landesgerichtsdirektor und war neuerdings zum Landgerichtspräsidenten in Rostock bestimmt. Er ist der Sohn eines früheren mecklenburgischen Ministers. — Man sieht, Herr v. Buchta hat recht rasch Carrière gemacht.

**Bremen.** Lübecker Beispiele verderben Bremer Sitten. Die hiesige Bürgerschaft ventilirt eifrig den Plan einer Staatslotterie und

beruft sich dabei auf Lübeck. Der Senat leistet jedoch dem Gedanken an die „Giftpflanze“ bisher noch „entschiedenen Widerstand.“ — Grad' so hat's in Lübeck angefangen!

**Stierischau-Viehmarkt.**

Hamburg, 2. April

Der Schweinehandel verlief sehr träge.

Zugeführt wurden 280 Stk. Preise: Versandtschweine, schwere 52—53 Mk., leichte 51—53 Mk., Sauen 41—48 Mk. und Ferkel 50—53 Mk. pr. 100 Pfd.

# Carl Buchholtz, Eisenwaren, Haus- und Küchengeräthe, jetzt: Hackenb. Allee 10b.

**Statt besonderer Meldung.**  
Gute Nacht 11 1/2 Uhr verschied nach kurzer aber schwerer Krankheit plötzlich und unerwartet unsere liebe Tochter im zarten Alter von 6 Monaten. Dieses zeigen an die tiefbetrübten Eltern  
**Heinrich Jessel und Frau.**

**Billiges Logis für 3—4 Mann**  
Woche 10 Mk. mit Wäsche  
Israelstr. Allee 24.

Einige jugendliche Arbeiterinnen erhalten dauernde Beschäftigung in der Tabak-Fabrik von  
**E. Wieneke,**  
Johannisstraße Nr. 43.

**Zu verk. eine guterh. Kinderbettstelle**  
Ernststraße 26.

**Für die Werft!**  
Guter Mittagstisch à 50 Pfg.  
Israelstr. Allee 24.

**H. Tschaschnig, Schuhmacher**  
wohnt jetzt  
Hilberstraße 21, parterre.

**Rasir-, Frisir- u. Haarschneide-Salon**  
von Boysen, Schwartzauer Allee 71a.

## Große öffentl. Versammlung

am Dienstag den 5. April 1898, Abends 8 1/2 Uhr  
in den Central-Hallen, Dankwartsgrube.

Tages-Ordnung: Wo will die Bevölkerung Lübeck's den Bahnhof haben?  
**Das Comitee:**

- Otto Albers, Johs. Breder, J. H. Burmeister, H. Burwick, H. J. J. Dobberstein, Johs. Dürkop, H. Chr. Engel, J. C. O. Frick, P. J. Glogner, H. M. Hand, Ludw. Hartwig, G. Heinz, Johs. Holt, H. J. Jachs, E. J. M. Tieshold, Aug. Toffhagen, O. M. A. Louquet, Wilh. Meincke, Fern. Meyer, C. Michaelien, H. Mollenhauer, J. Chr. D. Nuppenan, C. E. H. Peters, H. S. Philipp, H. Patt-hart, E. Pilschen, H. J. Chr. Raup, C. H. Rosenquist, Aug. Scherer, J. Schlichting, C. Schröder, J. M. H. Schwarz, Kurt Sendell, J. C. Chr. Stapelfeldt, E. Crost, W. M. H. Wessphal.

Durch die Expedition des Lübecker Volksboten ist zu beziehen:  
**Ferdinand Lassalle's**  
**» Reden und Schriften.**  
Neue Gesamt-Ausgabe.  
Herausgegeben  
im Auftrage des Vorstandes der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands  
von **Ed. Bernstein.**  
Vollständig in 3 Bänden. Zu beziehen in 50 Lieferungen à Mk. —,20.  
**Bandausgabe:**  
Band I: geheftet Mk. 2,50, in Leinen gebunden Mk. 3,—  
in Halbfranz gebd. (Leihabereinband) „ 4,—  
Band II: geheftet Mk. 4,—, in Leinen gebunden „ 4,50  
in Halbfranz gebd. (Leihabereinband) „ 5,50  
Band III: geheftet Mk. 3,50, in Leinen gebunden „ 4,—  
in Halbfranz gebd. (Leihabereinband) „ 5,—  
Zur Beurtheilung der geschichtlichen Entwicklung und des Wesens der deutschen Sozialdemokratie ist diese Gesamtausgabe unentbehrlich. Der erste Band ist mit einem Stahlstichportrait Lassalle's geschmückt.

## Die Geschichte der Deutschen Socialdemokratie

von **Franz Mehring.**

Umfasst die Zeit von 1830—1896 und behandelt die jungen Jahre der Partei, sowie deren Schicksale unter dem Ausnahmegeetze von 1878—1890. Dies Werk ist jedem Parteigenossen aufs Beste zu empfehlen und in 36 Lieferungen à 20 Pfg. zu beziehen durch die

**Buchhandlung von Friedr. Meyer & Co.**

## Die Währungsfrage und die Socialdemokratie.

Eine gemeinschaftliche Darstellung der währungspolitischen Kämpfe u. Zustände von **Max Schippel.**  
Preis 30 Pfg.

Zu beziehen durch die  
**Buch- und Papierhandlung von Friedr. Meyer & Co.**  
Johannisstraße 50.

## Briefbogen u. Briefumschläge

**Converts mit Trauerrand, Contobücher etc.**  
empfehlen die  
die Buch- und Papierhandlung von Friedr. Meyer & Co.

# Harburger Kohlensäurewerk Harburg

empfiehlt  
**flüssige Kohlenäure chemisch rein**  
zu niedrigsten Tagespreisen. Füllen von Eigenthumsflaschen billigt.  
Vertreter für Lübeck und Umgegend  
**Martin Müller, Lübeck, Königstraße 50.**

## Für jeden Reichstagswähler von großer Wichtigkeit ist: Notizbuch für Reichstagswähler.

Dasselbe enthält:  
Statistik der Wahlen zum Deutschen Reichstag von 1871 bis 1897 mit allen Nachwahlen, sowie Schemata zum Eintragen der Wahlergebnisse von 1898 für alle deutschen Wahlkreise. Wahlgesetz, Wahlreglement, Fraktionsbewegung, sowie ein Namensverzeichnis der Mitglieder des Deutschen Reichstages nach dem Stande vom 1. Oktober 1897.  
Herausgegeben von H. Schönfeld in Dresden.  
**Preis 1 Mark.**

Zu beziehen durch die Buchhandlung von **Friedr. Meyer & Co.**

**A. Zimmermann, Glaser,**  
wohnt jetzt: Karpfenstraße 28 a.  
Uhren reinigen 1,50,  
Federn einsehen 1,50,  
1 Jahr Garantie.  
Uhrgläser 1. Qual. 0,30.  
**Aug. Büttner,**  
Uhrmacher,  
Süßstraße 32.

**Die feinste Tafelbutter**  
bekommt man nur bei

**Th. Storm, Königsstr. 98.**  
Telephon 473. Telephon 473.  
Größtes Specialgeschäft in  
**Naturbutter.**

Erhalte aus 12 Meiereien sämtliche Butter, und kann jede Bestellung prompt ausführen, auch auf Wunsch in's Haus bringen.

- Prima geräucherte Mettwurst**  
Pfund 70 Pfg.
- Prima Braten-schmalz**  
Pfund 30 Pfg.
- Prima Schmalz**  
Pfund 60 Pfg.
- W. Strohfeldt**  
73 Glockengießerstraße 73.

- Pa. Kalbfleisch Pfd. 30 Pfg.**
- Hiesiges Schweinefl. Pfd. 60 Pfg.**
- Pa. Queenfleisch Pfd. 50 Pfg.**

empfiehlt:  
**W. Strohfeldt**  
73 Glockengießerstraße 73

**Klauenöl**  
präparirt für Nähmaschinen und Fahrräder von  
**H. Möbius & Sohn,**  
Knochenölfabrik, Hannover.  
Zu haben in allen besseren Handlungen.

**Frau Sehnert, Hebamme,**  
wohnt jetzt  
Wäckerstraße 8.

**Uhren aller Art.**  
  
**Uhren aller Art.**

Durch Zufall eine Parthie  
**silberne Herren- und Damen-Remontoir-Uhren v. 10 Mk. an.**  
Goldene Damenuhren von 15 Mk. an  
Regulateure mit Schlagwerk „ 8 Mk. an  
Silberne Knabenuhren „ 5 Mk. an  
Stand- u. Weckeruhren „ 3 Mk. an  
Für sämtliche Werke wird 3 Jahre Garantie geleistet.

Verkauft nach außerhalb franco gegen Nachnahme. Umtausch innerhalb 14 Tagen gestattet.

**Reparaturen**  
billigst unter 1 jähriger Garantie.  
**Johannes Probst,**  
Lübeck, Hinter der Burg 5—7.

**Central-Franken-Kasse**  
**Grundstein z. Einigkeit.**  
(Filiale Lübeck.)

**Mitglieder-Versammlung**  
am Dienstag den 5. April  
Abends 8 1/2 Uhr  
im Vereinshaus, Johannisstraße 50.  
Tages-Ordnung:  
1. Vortrag des Vorsitzenden der Krankenkasse Herrn Thema.  
2. Abrechnung vom 1. Quartal.  
3. Wahl der Delegirten zur Generalversammlung.  
4. Verschiedenes.  
Pflicht eines jeden Mitgliedes ist es, in dieser Versammlung zu erscheinen.  
**Der Vorstand.**



## Chronik auf das Jahr 1848.

5. April.

Der Bundestag beschäftigt sich mit der Schleswig-Holsteinischen Angelegenheit und beschließt: Die deutsche Bundesversammlung ist bereit, behufs Verhütung von Blutvergießen und zum Zwecke der Herbeiführung einer gütlichen Einigung die Vermittelung zu übernehmen und ersucht Preußen, das Vermittelungs-Geschäft des deutschen Bundes auf der Basis der unverletzten Rechte Holsteins, namentlich auch auf die staatsrechtliche Verbindung mit Schleswig zu führen.

In Sachsen wird das Schloß des Fürsten von Schöenburg zu Waldburg durch ausländische Bauern zerstört.

## Die deutschen Niederlassungen in China.

Nach der Denkschrift über die deutschen Niederlassungen in Tientsin und Hankau ist die deutsche Regierung bei ihrem Vorgehen im wesentlichen dem Beispiele von England, Frankreich und den Vereinigten Staaten gefolgt, die schon vor langer Zeit wegen Erwerbung von Niederlassungen in den wichtigsten chinesischen Vertragshäfen, so unter anderem in Shanghai, Tientsin und Hankau, Verträge abgeschlossen haben.

Nach diesen Verträgen werden den einzelnen Mächten in den betreffenden Plätzen bestimmte, günstig gelegene Landflächen von mäßigem Umfange gegen eine angemessene Entschädigung zur Bestelung durch ihre Angehörigen eingeräumt. Diese Landflächen gelten nach wie vor als Bestandtheile des chinesischen Reiches und bleiben unter chinesischer Gebietshoheit. Aber das hat wenig zu besagen, da sie fortan der Verwaltung und Polizei der chinesischen Lokalbehörden entzogen und den Fremden überlassen werden.

Ueber die von der deutschen Regierung ausgewählten Landflächen berichtet die Denkschrift:

Tientsin, das etwa eine Million Einwohner zählt, liegt am rechten Ufer des Peiho-Stromes, rund 50 Kilometer von seiner Mündung in den Golf von Petchili entfernt, und ist durch eine Eisenbahn mit dem Hafenvorort Tongku in der Nähe der Peiho-Mündung, sowie neuerdings auch mit der 125 Kilometer entfernten Reichshauptstadt Peking verbunden. Der Gesamtwert seines Handels, soweit er in der Statistik des Seezollamts nachgewiesen ist, betrug im Jahre 1896 51 316 367 Taels (rund 154 000 000 Mk.), wovon 42 744 527 Taels auf die Einfuhr und 8 561 840 Taels auf die Ausfuhr fielen. Die Nähe der Hauptstadt und das ausgedehnte Hinterland lassen eine weitere Entwicklung des Platzes erwarten. In Tientsin befinden sich gegenwärtig 24 deutsche oder unter deutschem Schutze stehende Firmen, die an dem dortigen Handel in höherem Maße theilhaftig sind, als die Firmen aller übrigen Nationen zusammengenommen.

Hankau liegt an der Vereinigung des Har mit dem Yangtseestrom, am linken Ufer des letzteren, 584 Seemeilen von Shanghai wie von der Mündung des Yangtse in

das Meer entfernt. Dieser Strom, der bis Hankau, wenigstens in den Sommermonaten, für die Seeschiffe jeden Tiefgangs schiffbar ist, und seine Nebenflüsse bilden die Verkehrsstraßen, die den Platz einerseits mit den reichen und stark bevölkerten chinesischen Provinzen Suipei, Hunan und Szechuan von zusammen 81 Millionen Bewohnern, andererseits mit Shanghai und den übrigen Küstenstädten Chinas sowie mit den übrigen Küstenstädten Chinas in Verbindung bringen.

Diese überaus günstigen Verkehrsverhältnisse haben zur Folge gehabt, daß an der Einmündung des Han in den Yangtse die drei Orte Hankau, Hanyang und Wulschang dicht neben einander entstanden sind und zusammen einen Städtelcomplex von über zwei Millionen Einwohner bilden, wovon 800 000 auf Hankau fallen. Ein weiterer Aufschwung des Platzes wird durch die in Aussicht genommene Eisenbahnverbindung mit Peking herbeigeführt werden, da auf diese Weise das Handelsgebiet, das in Hankau seinen Verkehrsmittelpunkt hat, wesentlich vergrößert werden wird. Der Handelsverkehr Hankaus belief sich nach der Statistik des Seezollamts im Jahre 1896 auf 44 306 493 Taels (rund 133 000 000 Mark), wovon 20 856 948 Taels auf die Einfuhr und 23 449 545 Taels auf die Ausfuhr fielen. Der Ausfuhrhandel liegt zu einem erheblichen Theile in den Händen der dort bestehenden sieben deutschen Firmen. Auch haben sich kürzlich in Hankau und in der Nähe deutsche Techniker und Militärs sowie andere in chinesische Dienste übergetretene Deutsche niedergelassen.

Der Flächeninhalt der Tientsin-Niederlassung beträgt 67 Hektar mit 1650 Meter Uferfront, der der Hankau-Niederlassung 46 Hektar mit mehr als 1000 Meter Uferfront.

Nach Abschluß der Niederlassungsverträge fiel der Regierung die Aufgabe zu, für die Begründung und Einrichtung der Niederlassungen zu sorgen. Sie hat dabei darauf verzichtet, den Ankauf des Grund und Bodens und die Herstellung der Anlagen selber in den Kauf zu nehmen, und es auch nicht zweckmäßig gefunden, „es den Interessenten zu überlassen, die Grundstücke freihändig oder im Wege der durch Vermittelung der chinesischen Behörden zu bewirkenden Zwangsenteignung zu erwerben und sich dann nach Maßgabe der von ihnen selbst aufzubringenden Mittel einzurichten.“ Die Regierung hat vielmehr die Begründung und Einrichtung der Niederlassungen der Deutsch-Asiatischen Bank in Berlin übertragen, mit der am 29. Mai 1897 und 10. Februar 1898 Verträge abgeschlossen sind.

Die Bank verpflichtet sich, die Mittel zur Enteignung des Niederlassungsterrains herzugeben und die nöthigen Quai- und Straßenanlagen zu entrichten. Dafür werden ihr Grund und Bauten zur Weiterveräußerung übertragen, ferner darf sie die herzustellenden Uferanlagen unter Aufsicht des Reiches finanziell ausüben. Die Bank hat zunächst in Tientsin eine Terraingesellschaft gegründet und wird dasselbe auch für Hankau in nächster Zeit thun.

Zur Beurtheilung des von der Regierung eingeschlagenen Weges ist ein Satz aus der Begründung von

Wichtigkeit. Daß sie nicht selbst den Ankauf von Grund und Boden in die Hand genommen wird folgendermaßen erklärt:

„Dieses System, das selbstredend die Zustimmung des Bundesraths und des Reichstages zu einer derartigen Verwendung von Reichsmitteln vorausgesetzt hätte, erschien deshalb nicht anwendbar, weil es im Falle einer ungünstigen Entwicklung der Niederlassung nicht nur die ganze Verantwortlichkeit dem Reich auflegte, sondern letzteres auch der Gefahr ausgesetzt hätte, die aufgewendeten Mittel wenigstens theilweise zu verlieren.“

An diesem ganzen schönen Sage sind zweifellos die von uns gesperrt gedruckten Worte die Hauptsache. Es handelte sich der Regierung offenbar hauptsächlich darum, sich der Kontrolle durch den Reichstag zu entziehen, und das hat sie durch den eingeschlagenen Weg erreicht.

## Soziales und Partei-Leben.

Eine tieftraurige Nachricht wird aus London telegraphirt. Eleanor Marx-Aveling, die Tochter von Karl Marx, hat sich Donnerstag Vormittag in ihrer Wohnung durch Vergiftung selbst das Leben genommen. Die Motive ihrer That sind noch unauzgeklärt.

Wie die Unternehmer auf das Geseh pfeifen! Das sogenannte „Ueberdruckmachen“ auf den Rheindampfern ist kürzlich in der hessischen Kammer zur Sprache gekommen, was zur Folge hatte, daß eine schärfere Kontrolle angeordnet wurde. Die „Mainzer Volkszeitung“ berichtet über deren Ergebnis: „Die künstliche Erhöhung der Spannung in den Dampfesseln ist für die Dampfer, welche einen übergroßen Schleppanhang hinter sich haben, nothwendig an den Stellen des Rheines, wo die gesetzlich zulässige höchste Spannung nicht genügt, um die Schiffe durch die Stromschnellen zu bringen. Das sind die Strecken oberhalb Osterpau, im Gebirge“, am sog. „Engen Thürchen“, bei Kaub und im Winger Loch. An diesen Stellen wurde seither mit dem Ueberdruckmachen unverantwortlich gesündigt. Der Strompolizei ist es gleich im Anfang ihrer verschärften Revisionen gelungen, dieses Ueberdruckfahren festzustellen und zur Abndung zu bringen. In einer der letzten Nächte befand sich der dem Unternehmer Klepper gehörige, von diesem selbst befehligte Schraubenschleppdampfer „Vorwärts II“ mit einem Schleppanhang auf der Bergfahrt durch's Gebirge. An einer dunklen Stelle des Rheines lag ein Strompolizeiboot mit verschlossenen Laternen und eingezogener Flagge unter Dampf so verdeckt vor Anker, daß es von den vorüberfahrenden Schiffen nicht bemerkt werden konnte. Als der Schlepper „Vorwärts II“ die Stelle passirte, fuhr das Polizeiboot, geschützt durch das Dunkel der Nacht, dicht heran, und erst in dem Augenblicke, als es dicht zur Seite lag, wurden die Blendlaternen geöffnet und der „Vorwärts“ erstrahlte, in tagheller Beleuchtung. Im Nu hatte der revidirende Beamte den Schlepper erstiegen und den Maschinenraum erreicht, ehe der Kapitän ein Warnungszeichen geben konnte. Und was fand er

## Der Jude.

Deutsches Sittengemälde  
aus der ersten Hälfte des fünfzehnten Jahrhunderts.  
Von E. Spindler.

(5. Fortsetzung.)

(Nachdruck verboten.)

Gleichgültig jedoch dem äußern Anscheine nach wiegte er den Kopf und sprach, nachdem Gerhard geendet: „Es ist seltsam, wie das zusammentrifft. Der Knabe hat nicht Vater, nicht Mutter, denn die ihn bößlich verlassen hat, ist so gut als todt. Und zufälligerweise kenne ich eine trauernde Mutter, die geben würde, was in ihren schwachen Kräften steht, könnte sie einen Sohn dafür erhalten, in dem gleichen Alter dessen, den ihr ein frühzeitiger Tod entriß. Ueberlaß mir und der jammernden Mutter diesen Verstoßnen, damit er noch werde die Freude eines Menschen, und einstens stehe an seinem eigenen Herde.“

„Ist's eine Christin doch, der Du das Kind bestimmst?“ fragte Gerhard, schon zu der Ansicht des Juden sich neigend.

„Die Rechtgläubigste; die Wittve Schexlerin in Friedberg“, versetzte Ben David. „Sie besitzt einen kleinen Kram, der gerade hinreicht, sie zu ernähren, und den Knaben.“

„Die Waife zwingst Du nicht zum Judenthum, und schwörst mir's zu?“ fuhr Gerhard fort, der sein erwachendes oder zweifelndes Gewissen durch leere Form zu beschwichtigen dachte.

„Bei dem Haupte meines Vaters schwör ich's Euch!“ entgegnete Ben David sehr ernst: „Wie könnte ich wohl einst eingehen ins ewige Jerusalem, hätte ich mit Vorbedacht einen Menschen elend gemacht? Der elendeste aber auf Erden ist ein Jude.“

„Ja wohl, ja wohl!“ entgegnete Gerhard, den Sinn von Ben Davids Worten nicht begreifend, mit verächtlichem Blicke: „Damit wir aber schnell ins reine kom-

men, . . . zahle fünfzig Turnosen, und führe den Knaben hinweg.“

„Fünfzig? Du Herr meines Lebens!“ rief der Jude, wie im größten Erstaunen die Hände zusammenschlagend. „Wo denkt Ihr hin, lieber Herr? Von zwanzigen war bis jetzt die Rede: wie soll ich zu fünfziggen . . .“

„Dort ist die Thüre!“ erwiderte Gerhard trocken, und lehnte ihm den Rücken. Ben David ging aber nicht, sondern kam immer näher: „Als ich gebe dreißig Turnos, gebe ich alles und alles, was in meiner Macht steht!“

„Schmutziger Schacherer!“ versetzte Gerhard: „einen Menschen verkauft man doch nicht um solch elendes Geld.“

„Ich wette doch“, sprach Ben David ironisch: „Ihr verkauft mich um ein Geringeres.“

„Um das Vergütigen, Dich zwischen zwei Hunden aufhängen zu sehen;“ brummte der Junker: „Du hast recht. Aber einen Christen verhandelt man nicht um dreißig Silbergroßen.“

„Hat denn nicht Judas den ersten aller Menschen, Euern Herrn, den Vorn alles Christenthums um gleiches Geld weggegeben?“ fragte Ben David.

„Es konnte auch nur ein Jude solchen Handel treiben!“ polterte Gerhard, roth werdend vor Horn: „und jetzt packe Dich. Ich fürchte ohnehin, daß ich Sünde thue, wenn ich dies junge Leben Deiner graugewordenen Verworfenheit überlasse.“

Ben David zuckte die Achseln, schlug seufzend die Augen gen Himmel, stellte sich hierauf zum Tische, langte aus seinem Werschack einen nicht übermäßig gefüllten ledernen Beutel hervor und begann Geld aufzuzählen. Gerhard spielte hierbei den Gleichgültigen, obgleich er im Innern bereits an seinem Siege frohlockend zehrte; der Knabe, der arme Unschuldige, um dessen Haut und Haar der ganze böse Handel ging, ergöhte sich mit kindischer Lust an dem Glanz der Silberstücke, die aus des Juden Fingern auf den Tisch rollten und langsam und bedächtig

von ihrem bisherigen Besitzer in Reihe und Schnur gestellt wurden.

Gerhard konnte nur mit Mühe bei dieser geflissentlichen Langsamkeit seine Ungeduld bändigen. Endlich schüttelte der Jude den leeren Beutel und sprach: „Seht, da mein ganzes Vermögen: zweiundvierzig Turnosen — nicht mehr und nicht weniger als alles was ich habe. Wollt Ihr's, so nehmt. Die fünfzig kann ich nicht voll machen.“

„So trolle Dich, und versieh Dich einandermal mit mehrerem Gelde, wenn Du zu einem Edelmann gerufen wirst“, antwortete Gerhard kalt, der nun die Handlungsweise seines neuen Bekannten begreifen lernte.

„Ich kann nicht mehr geben“, fuhr der Jude fort.

„Ich habe nicht mehr als das und mein Leben.“

„So behalte das in Gottesnamen und schere Dich fort!“ versetzte der Junker mit größerer Zuversicht. „Ich finde einen andern.“

„Ihr seid ein böser Kaufmann!“ meinte Ben David und stellte sich, als wollte er das Geld zusammenraffen. Da ihn aber Gerhard von diesem Thun nicht abhielt, ließ er es bleiben und holte statt dessen einen wollenen Zumpen aus seinem Sack, in welchem sich mehr Geld eingeschmüht befand, als in dem geleerten Beutel gewes war.

„Seht“, fuhr er fort, „wozu mich Eure Hartnäckigkeit verleitet. Das ist anvertrautes Geld und ich muß davon entwenden acht Turnos, um sie Euch zu geben. Ich möchte mich schlagen ins Gesicht, daß ich das thue, ab ich hin zu freundschaftlich für Euch gefinnt, als daß ich Euch nicht helfen sollte aus der Noth.“

Die fünfzig Turnosen waren voll und behaglich streckte der Junker das Geld ein. „Für das Geld den Knaben“, sprach er, „auf immer wieder zu erstatten, ab erkundigen werde ich mich zu Friedberg, wie Du den Knaben verlorst.“

„Das könnt Ihr“, antwortete der Jude mit aller Richtigkeit: „Ich schenke dem Knaben eine wadere Mutter Komm Bibchen!“



Die Dentile waren mit Eisenheilen beschwert. Der Thatbestand wurde protokolllarisch festgestellt und die Eisenheile als Beweismittel konstatirt. Der Verband der Eisenbahner Deutschlands hat durch Abstimmung beschlossen, vom 15. April ab eine Unterstützungskasse zu errichten, die bei 15 Pfg. Beitrag pro Woche und einer Karenzzeit von 13 Wochen folgende Vergünstigung gewährt: a) Krankengeldzuschuß bei Erwerbsunfähigkeit der Mitglieder vom Tage nach der Erkrankung an auf die Dauer von 13 Wochen à 4 Mk. und auf weitere 13 Wochen à 2 Mk.; b) beim Todesfall des Mitgliedes ein Zuschuß nach 1jähriger Mitgliedschaft von 20 Mk., und jedes Jahr um 5 Mk. steigend, bis nach 5 Jahren der Höchstfuß von 40 Mk. erreicht wird; c) im Todesfall der Ehefrau 25 Mk.; d) Beihilfe zum Wochenbett der Ehefrau, gleichviel, ob ärztliche Hilfe erforderlich war oder nicht, 10 Mark in beiden Klassen. Bei einer Beitragsleistung von 30 Pfg. pro Woche verdoppelt sich die Unterstützung.

## Aus Nah und Fern.

Deutschlands Ehre wird gerächt! Wegen Verhöhnung der deutschen Flagge ist am Donnerstag Morgen die 22jährige Längerin des Neuen Olympia-Theaters in Berlin, Mrs. Dell' Soldato geb. Abba Collicot, plötzlich verhaftet worden. In dem Ausstattungsstück „Konstantinopel“, und zwar im dritten Akte „Al-Wien“, finden nämlich große sportliche Veranstaltungen statt, während deren die Angehörigen der verschiedenen Nationalitäten, wie Engländer, Franzosen, Spanier, Italiener, Amerikaner, Deutsche mit einander kämpfen. Schon von Anfang der Sportkämpfe war es zwischen den einzelnen Völkern, ganz besonders aber unter den Damen zu Reibereien gekommen, die nach und nach einen derartig heftigen Charakter annahmen, daß die Direktion des Neuen Olympia-Theaters wiederholt vermittelnd eingreifen, ja sogar einzelne heißblütige Italienerinnen und Spanierinnen deshalb entlassen mußte. Ganz besonders aber trat der „Rassenhaß“ zwischen Engländern, Italienern und Deutschen hervor und das anfänglich ganz harmlose Tauziehen zwischen Damen dieser Nationalitäten gab mehrfach Veranlassung zu erbitterten Wortgefechten, die sich nach Beendigung des Sportkampfes in den Garderoben abspielten. An einigen Abenden der vorigen Woche nun soll Frau Soldato aus Wuth darüber, daß die Engländerinnen von den deutschen Mädchen besiegt wurden, die als Zeichen des Sieges gehißte deutsche Nationalflagge zerrissen haben. Die Direktion entließ die Dame sofort und auf die Denunziation einer ihrer heftigsten Deutschen hin wurde Frau Soldato am Morgen in ihrer Wohnung verhaftet. Der Gatte der Festgenommenen hat sich noch im Laufe des Tages an den englischen Botschafter gewandt, um die Freilassung zu erwirken. Das Polizeipräsidium hat jedoch das Tauziehen auf der Bühne des Olympia-Theaters verboten. Die Direktion des neuen Olympia-Theaters beabsichtigt nun, im Verwaltungsstreitverfahren gegen die Vergütung der Behörde vorstellig zu werden. — Und nun ist unsere neue Flotte noch nicht fertig! Welches Malheur, falls England einige Panzer-Schiffe Elbe, Havel und Spree hinausschickt, um Genugthuung zu fordern — so wie es Deutschland gegenüber Haiti machte!

**Ägypten-Mittelalterliches.** Der Graf Karl Fink von Finkenstein ist das Schreckenskind seiner hochfeudalen Familie. Und warum? Es kam ihm das verhöhrte Verbrechen in den Sinn, nicht nach Stand und Vermögen, sondern nach seiner rein menschlichen Neigung zu heirathen. Er entfesselte damit unter seinen räthlichen Sippen und Mägen einen Sturm komischer

Entrüstung, und man suchte dort der eingebildeten Schande auf alle mögliche Weise vorzubeugen. Schließlich fand einer der Finken von Finkenstein einen Ausweg. Dieser Eble, der, wenn wir recht unterrichtet sind, selber das nicht in jeder Beziehung ritterliche Gewerbe eines „Reuzeitungs“-Verlegers betreibt, drang in den jungen Mann, daß er an den Kaiser die Bitte richtete, hinfort den bürgerlichen Namen Karl Stein tragen zu dürfen. Obgleich nun auf dies Gesuch, daß der Kaiser den Ministern zur Erledigung übergab, dem Grafen Finkenstein von der Provinzialregierung gestattet worden war, hinfort den ehrlichen bürgerlichen Namen tragen zu dürfen, gebrauchte er doch noch seine frühere adelige Titulatur. Daraufhin erhielt er eine Anklage, unbefugt das Adelsprädikat geführt zu haben. Außerdem wurde ihm vorgeworfen, er habe sich einem Beamten gegenüber eines falschen Namens bedient. Das Schöffengericht Berlin sprach ihn jedoch frei, indem es annahm, er hätte sich auch jetzt noch Karl Graf Fink von Finkenstein nennen dürfen, da er dem Adel nicht rechtswirksam entsagt habe. Ein solcher Verzicht hätte ausdrücklich und vor Gericht erfolgen müssen. Das Landgericht verurtheilte den Angeklagten indessen auf die Verurteilung der Staatsanwaltschaft und führte aus, durch den Wunsch, den Namen Stein hinfort zu führen, habe er auf seinen alten Namen und auf sein Adelsprädikat verzichtet. Der Angeklagte bestritt dieses energisch und legte Revision ein, hatte damit aber keinen Erfolg. Das Kammergericht entschied zu seinen Ungunsten. Es nahm ebenfalls an, der Angeklagte habe dadurch auf den Namen Fink von Finkenstein und auf das Adelsprädikat verzichtet, daß er den Namen Karl Stein angenommen habe. Den alten Namen dürfe er darum nicht mehr tragen.

**Die Fahne auf Schloß Friedrichsruh.** Die „Germania“ schreibt: „Ein aus älteren Herren bestehender Klub in Hannover fühlte das Bedürfnis, dem Fürsten Bismarck eine Freude zu machen. Es wurde beschlossen, für den Thurm des Schloßes in Friedrichsruh eine Fahne zu stiften. Man fragte in Friedrichsruh an, wie lang und breit eine solche Fahne sein müsse, und erhielt zur Antwort: 17 Meter lang, 6 Meter breit. Die Fahne, versehen mit dem Bismarck'schen Wappen, wurde angeschafft und mit 600 Mk. bezahlt. Nunmehr kam dem Klub der Gedanke, daß die Sache sich noch besser machen werde, wenn die Fahnenstange im Sachsenwalde gewachsen sei. Man wandte sich nach Friedrichsruh und bat um eine Fahnenstange. Und solche kam auch prompt an, indessen nicht allein, sondern beschwert mit einer — Nachnahme von 150 Mk. Lange Gesichter und gegenseitiges feierliches Versprechen, von dieser Sache weder einem Männlein noch einem Weiblein je etwas zu sagen. Und fast zwei Jahre — so lange ist es nämlich schon her — hat der Klub sein Geheimniß treu bewahrt, bis nun von Kurzem Einer plauderte. Ein halbes Jahr nach der Uebersendung der Fahne ist dem Klub aus dem „fürstlichen Bureau“ eine läßliche Empfangsbekundigung zugegangen, und wenn er nun noch nicht abgetüht ist, dann ist ihm eben nicht zu helfen.“

**Der Verein Riotschau!** Aus Riotschau-Bucht hat der Verband deutscher Post- und Telegraphen-Assistenten die folgende Zuschrift erhalten:

An Bord des Hochdampfers „Darmstadt“,  
20. Januar 1898.

Im fernem Osten, in Deutschlands neu erworbenen Kolonie finden sich als Angehörige des Marineinfanterie-Bataillons im Dienste des Vaterlandes mehrere Verbandskameraden zusammen, um auch hier die Verbandszwecke und Kollegialität zu pflegen. Sie verfehlen nicht, die Gründung des neuen Ortsvereins Riotschau den heimathlichen Verbandsbrüdern zur Kenntniß

zu bringen. Schüler (Rda), Krefft (Danzig), Vogt VI (Riel), Schmitt (Hamburg), Stadert (Weg), E. Schulte (Dortmund), Riede (Hasselbors).

Beste Herr von Stephan noch, so hätte ihm der neue Ortsverein die Erwerbung der ganzen Riotschau-Bucht verleihen können.

Der Königsberger Dampfer „Magnet“, Kapit. Buchholz, 18 Mann Besatzung, ist 14 Tage überfällig. Er gilt als verloren, da Nordwesten mit dem Namen des Dampfers an der englischen Küste jetzt angeschwemmt worden sind. Wahrscheinlich ist er am 16. März in dem Kanal von dem britischen Schooner „Prinzeß“ übersegelt worden.

**„Deutsche Männer.“** An welcher Art von Poesie sich unsere Bismarckswärmer erbauen, davon giebt folgendes Gedicht ein sprechendes Zeugniß, das gestern bei einer Bismarckfeier in Schweinfurt als Schlußgesang rezekutirt wurde:

„Ich hatt' einen Kameraden,  
Einen bessern findst Du nit;  
Es war des Morgens früh,  
Wir gingen nur mit Mühe  
In gleichem Schritt und Tritt.“

Ein Munkeln lag im Wege:  
„Der fällt nun, Du oder ich?“  
Mich hat es fortgerissen,  
Ich lag zu seinen Füßen,  
Und schämte fürchterlich.“

Er wollt die Hand mir reichen  
In hilfsbereiter That;  
Er kunn' mich nicht mehr heben,  
Er legte sich daneben  
Als guter Kamerad.“

Das läßt allerdings auf einen hohen Grad der „Begeistertung“ schließen, in dem sich die Verehrer des alten Kognatfreundes befunden haben.

**Ueber die Heilighaltung des Christoph Columbus** wird schon seit vielen Jahren vor dem heiligen Stuhl der Prozeß geführt. Der Papst würde dem Entdecker Amerikas gern die höchste kirchliche Ehre zu Theil werden lassen, aber der Heiligsprechung stand bisher die Thatfache entgegen, daß Columbus in seinem Liebesleben nicht sonderlich heilig war. Die Geschichtsschreiber behaupten, Columbus habe von Donna Beatriz Enriquez aus Cordova einen unehelichen Sohn, Don Fernando Colon, gehabt. Aber die Kirche versichert, daß dies falsch sei. Donna Beatriz sei mit Columbus rechtmäßig, wenn auch geheim, vermählt gewesen. Als Beweis führt man von kirchlicher Seite an, daß Don Fernando Colon Priester geworden und kirchliche Würden erlangt habe. Schlimmer lagen die Dinge mit Don Diego Colon, dem Sohne der ersten Gemahlin des großen Genuesen. Den Nachrichten der Zeitgenossen zufolge ist Don Diego um das Jahr 1480 geboren worden, während seine Mutter, Donna Felipa Munnez-Perezello, erst im Jahre 1482 von Columbus geheirathet wurde. Aber der Kardinal-Erzbischof von Vissabon hat in diesen Tagen dem Vatikan Dokumente zugehen lassen, aus denen erhellt, daß die Sache gerade umgekehrt ist. Die Hochzeit fand im Jahre 1480 statt und die Geburt Don Diegos im Jahre 1482. Hiernach steht die Beendigung des Heiligsprechungsprozesses zu Gunsten des Columbus in absehbarer Zeit zu erwarten.

In Budapest wurde dieser Tage ein Juwelendieb verhaftet. Außer originell konstruirten Diebeswerkzeugen fand man 200 — Bistrentarten mit seinem Namen und folgenden gedruckten Versen: Hier bin ich gewesen, — Hier sieht es zu lesen: — Jffing Franz bin ich genannt, — Ungarn ist mein Vaterland. — Ich reise durch die ganze Welt — Und bleibe, wo es mir gefällt. — Wenn einst in späteren Zeiten — Mein Name wird genannt, — So den' an mich und sage: — Den Lumpen hab' ich auch gekannt. —

Der Kleine weigerte sich anfänglich. „Der Mann bringt Dich zur Mutter!“ redete ihm Gerhard zu. „Ich will lieber bei Dir bleiben,“ meinte das Kind. — „Aber auch zur Gundel und dem kleinen Hanschen!“ setzte Gerhard bei.

Der Jude nickte freundlich grinsend zu dieser Aussage, und der Knabe war schnell für den neuen Führer gewonnen.

Fröhlich hing er sich an seine Hand und eilte, ohne Ziel Abschied zu nehmen, mit ihm von dannen. So bringt das unschuldige Lamm neben seinem Herrn dahin, die harmloser Fröhlichkeit, nicht wissend, wird es zur lustigen Weibe, wird es zur Schlachtbank gebracht.

## Zweites Kapitel.

Ein schlicht Gewand  
Dacht in der Welt  
Gar oft der Mann,  
Der in der Hand  
Den Bepter hält  
Wie's ihm gefällt:  
Wer sieht's ihm an?  
Ballade.

„Schon gefattelt und aufgejäumt?“ fragte ein junger, behäufte Mann von ausnehmend schöner Gestalt und vornehmem Wesen den Knecht des Junkers von Hülshofen, der den erlösten Gaul mit der Reisebede schmückte. — „Dachte nicht, daß es schon so weit sein würde, nach dem, was ich gehört!“ —

„Sprach's und stand mit wenig Sprängen in der Reitenstube vor dem Edelknecht. Dieser sah bei einem schlaglose Malwässer, und langelte den demüthigen Wirth um Reiskod auf gut deutsch ab, wegen seines unziemlichen Benehmens gegen fremde ehrsame Edelleute. Da jedoch des Besuchs ansichtig wurde, schickte er kurz ab-

brechend den Kneipenmeister zum Teufel und wendete sich in der frühesten Laune zu dem Jüngling.

„Sieh da!“ sprach er: „Edles Herrlein, seid willkommen. Habt doch Wort gehalten, ob schon Ihr's im Martinsjubiläum gehabt. Ihr verschmäht es nicht, in der Gesellschaft eines alten Schrankenraufers zu reiten, der Wappen und Freiheit an Eure Stadt verkaufen mußte um schänden Sold.“

„Si warum denn, posslicher Mensch?“ fragte der Jüngling. „Wer mir auf der Lebensbahn aufstößt, lustig, wohlgenüht wie ich, ist vor allen mein lieber Gesellschafter, er schaue nun unter einer Grafenkrone, einer Fuchterhaube, oder einem Gugelhute hervor. — Alter Degentkopf; ich habe von Deinem gebrannten Herzleib gehört, und bin gekommen, Dich zu befreien aus den Schlingen der Edomiter, die gar zu gern einhergefahren wären auf Deinem Turniergaul!“ Hier kimperte er dem Gerhard gar anmüthig mit einem gefüllten Beutel vor den Ohren. — „Ich komme jedoch zu spät, wie ich zu meiner Freude sehe. Wie ist es Dir möglich geworden, Du durchlöcherter Sieb, dem Handel so schnell ein Ende zu machen?“

Gerhard erzählte lustig, locker und frech in der Freude seines Herzens die Art, wie er zu dem Gelde gekommen. Des Jünglings Gesicht verfinsterte sich jedoch gewaltig, und ungeduldig stampfte er mit dem Fuße, da Hülshofen geendet.

„Pfu! pfui! und abermals pfui!“ rief er: „Zerbrich Dein Wappen und Schwert, Du gelbsüchtiger alter Mensch! Bist Du nicht schlechter als der Jude, der doch nur eine Christenseele kaufte, die Du verschleudert hast? Gerhard! ist das eines Edelmanns würdig? Wärs Du bei Deinem Steigbügel zu Gaste gegangen, wie die lockern Gesellen, die gestern im Rosengarten mit Dir zechten,

hättest Du die Marktschiffe geschunden, wie der grausame Hans von Rudenkeim, dessen Rüdinger Schloß mein Vater vor zehn Jahren niederbrennen half, — hättest Du mit Scharlach gehandelt auf offener Landstraße, ich würde um alles dies Dich weniger gescholten haben, als um eines Menschenverkaufs willen; denn der ist von allen unritterlichen Streichen der unritterlichste.“

„Noth kennt kein Gebot,“ meinte Gerhard. „Sättet Ihr gesehen, wie mich der Wirth beschimpfte, hättet Ihr gesehen, wie meine lieben Freunde mich stigen ließen, — hättet Ihr empfunden, wie kalt dieser Ofen und wie leer mein Wagen war; Ihr würdet glimpflicher mit mir verfahren.“

„Einem Juden?“ fuhr der junge Mann fort: „Der arme Junge! Ich war ja dabei, als Du ihn gefunden. Noch sehe ich sein holdes Antlitz; ich empfahl ihn Dir doch auf das Beste, da ich Dich trunkenen Mann an der Hausthüre Deinem Knechte überließ; aber was hilft das alles! Verschachert wie Joseph an die Kinder Ismaels! Nun, wart! wart; alter Burgbruder! Der heilige Martin wird Dir's gedenken, wenn die Seele eines Christen durch Dich zum Teufel fährt.“

„Si nun!“ erwiderte Gerhard: „so überlaßt es auch dem heiligen Martin und brummt nicht mit mir. Was soll das Habern? Laßt uns den Span in Winne beilegen, und zu Gaule steigen. Geld klingt in der Tasche und überall stehen die Fässer uns offen. Seid Ihr schon reisefertig?“

„Mein Pferd steht vor meiner Herberge,“ antwortete noch etwas finster der junge Mann; „laßt uns dort den Balettrunk halten, denn von Deinem mit Christenblut bezahlten Selt nehme ich keinen Tropfen an.“

(Fortsetzung folgt.)